Nr. 179 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 91

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Sonnabend, den 16. April 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Moskau gegen Tschiangkaischek.

Aber weiter für die Kuomintang-Partei!

Moskau, 15. April. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die Kommunistische Internationale veröffentlicht einen Aufruf, in dem Tschiangkaischek zum Verräter an der chinesischen Revolution, zum Feind der Arbeiterbewegung und der Komintern erklärt und als Verbündeter der Imperialisten bezeichnet wird. Der Aufruf verweist auf die sich vollziehende Vereinigung der kapitalistischen Kräfte gegen die chinesische Revolution und gegen die Sowjetunion und fordert die Werktätigen der ganzen Welt und die unterdrückten Völker auf, gegen die Vorbereitungen eines neuen Weltkrieges zu protestieren, die Zurückziehung der fremden Truppen aus China zu verlangen und mit allen Mitteln die Beförderung von Waffen und Truppen zu verhindern.

„Prawda" erklärt, Tschangkaischek und seine Anhänger seien der Mittelpunkt der nationalen Konterrevolution geworden. Tschangkaischek erhebe sich Schulter an Schulter mit Tschangtsolin gegen die Revolution. Er habe bereits früher die Möglichkeit angedeutet, sich mit Tschangtsolin zu verständigen. Der Schanghaier Umsturz ziehe eine neue tiefe Furche in der gesamten Geschichte des chinesischen Freiheitskampfes. Tschangkaischek habe die Massen herausgefordert, und diese seien bereit, die Herausforderung anzunehmen. Die Kommunistische Partei Chinas werde sich noch fester und mit größerer revolutionärer Entschlossenheit im Kuomintang zusammenschließen. Sie werde noch beharrlicher neue Kräfte sammeln, um über die in Schanghai erlittene Niederlage zum endgültigen Sieg zu schreiten.

•

Wenn man die Telegramme der Korrespondenten von Telegraphenagenturen und Zeitungen in China miteinander vergleicht, dann ergibt sich meist ein unklares und widerspruchsvolles Bild, sowohl hinsichtlich der militärischen Lage wie auch der politischen Vorgänge. Ist es den Berichterstattern an Ort und Stelle nicht möglich, sich ein klares und einwandfreies Urteil über Ereignisse zu bilden, deren relativ nahe Zeugen sie sind, so muß man in der Stellungnahme zu den chinesischen Dingen von Europa aus erst recht vorsichtig sein.

Deshalb wollen wir in der Bewertung der Vorgänge, die sich seit der Einnahme von Schanghai durch die Nationalarmee dort abspielen, jetzt Zurückhaltung üben. Niemand kann von hier aus wissen, wie es dazu gekommen ist, daß dieselben Kantontruppen, die erst vor wenigen Wochen als Befreier der Schanghaier Arbeiterschaft dort bejubelt wurden, sich plötzlich gegen die Gewerkschaften mit der gleichen Schärfe gewendet haben wie die nordchinesischen Generale Suntschuangfang und Lipautschen in der Zeit, als diese Schanghai gegen den vorrückenden Tschiangkaischek noch verteidigten.

Die Kommunistische Internationale, und mit ihr die „Rote Fahne", sind natürlich mit ihrem Urteil über diesen Szenenwechsel schnell fertig: Tschiangkaischek ist eben ein Verräter, ein Werkzeug des englischen Imperialismus und überhaupt steht der rechte Flügel des Kuomintang im Dienste des ausländischen Imperialismus. Man ist von bolschewistischer Seite an solche plötzlichen Kopfsprünge nachgerade gewöhnt. Wir erleben es ja seit Jahren in allen kommunistischen Parteien der Welt und nicht zuletzt in Deutschland, daß gefeierte und allmächtige Führer eines Tages für Verräter und Lumpen erklärt werden. Warum soll das Schicksal von Maslow, Katz und Ruth Fischer und tutti quanti nicht auch einen chinesischen General ereilen? Indessen pflegten solche Kaltstellungen und Verfehmungen bisher nicht ganz plötzlich zu erfolgen. Der Oberbefehlshaber der Kantonarmee, Tschiangkaischek, wurde jedoch noch vor wenigen Wochen in den kommunistischen Blättern aller Länder als der siegreiche Führer der revolutionären Armee Südchinas überschwenglich gefeiert, die „Rote Fahne" brachte wiederholt sein Bild, eine Ehre, die sonst nur Lenin oder Thälmann zuteil wird. Und jetzt sitzt derselbe Heros der chinesischen Revolution in der bolschewistischen Hölle neben Ruth Fischer, Tschangtsolin, Chamberlain, Katz und den Gesamtvorständen der Sozialistischen und der Amsterdamer Internationale, und sie warten dort allesamt auf das revolutionäre jüngste Gericht.

Wir, die wir die revolutionäre Begeisterung für die südchinesischen Generale niemals so devot zur Schau getragen haben, wie die Kommunisten, wir sagen ganz nüchtern: es ist sehr wohl möglich, daß Tschiangkaischek ein chinesischer Galiffet ist; es ist aber auch sehr leicht möglich, daß die von den Sowjetrussen beeinflußte Taktik der Schanghaier Gewerkschaftsführer Tschiangkaischek in diese Galiffet-Rolle hineingedrängt hat. Die beliebte Parole vom „Weitertreiben der Revolution" ist bisher von den Bolschewisten überall dort ausgegeben worden, wo die Revolution bereits gesiegt hatte, und sie hat regelmäßig die Auferstehung der Konterrevolution zur Folge gehabt. Manche Vorgänge, die sich seit der Eroberung von Schanghai dort abgespielt haben, erinnern, soweit Urteile und Vergleiche von hier aus statthaft sind, an die wahnwitzige Taktik des Spartakusbundes unmittelbar nach dem Siege der deutschen Revolution.

Die Bewaffnung der Schanghaier Arbeiterschaft, die Fortsetzung des Generalstreiks nach dem Einrücken der Kantontruppen und all die weiteren typisch spartakistischen Erscheinungen der chinesischen Revolution sind jedoch um so eigenartiger, als ja die Kommunistische Partei Chinas — unter ausdrücklicher Zustimmung des Präsidiums der Kommunistischen Internationale — den Standpunkt vertritt, daß das chinesische Volk nicht reif sei für die Diktatur des Proletariats. Dies ist erst vor ganz wenigen Tagen in einem Manifest der KP. Chinas erklärt worden, in dem außerdem betont wurde, daß unter diesen Umständen von einer Selbständigkeitserklärung der chinesischen Kommunisten keine Rede sein könne; die KP. Chinas werde weiter einen Teil der Kuomintangpartei bilden.

Auffallend ist, daß auch jetzt, wo Tschiangkaischek gegen die Schanghaier Kommunisten so grausam vorgeht, und wo, nach den Worten der „Roten Fahne", die „rechten Kuomintang-Führer" Verrat an der chinesischen Arbeiterschaft begehen, Moskau nach wie vor daran festhält, daß die chinesischen Kommunisten im Kuomintang verbleiben sollen. Danach sollen nach dem Wunsche und mit dem Segen der Moskauer Internationale die Henker und die Gehenkten, die Werkzeuge des britischen Imperialismus und die Befreier vom angelsächsischen Joch, die Weißgardisten und die revolutionären Kämpfer, in der einen und derselben Partei verbleiben!

Es ist gewiß nicht leicht, sich in den chinesischen Ereignissen auszukennen; aber es ist womöglich noch schwerer, sich in der kommunistischen Taktik gegenüber den chinesischen Ereignissen zurechtzufinden!

Tscheys Antwort an Amerika.

Die jetzt veröffentlichte Antwortnote des Kantonaußenministers Tschen an die Vereinigten Staaten besagt im wesentlichen, daß die Nationalregierung bereit ist, alle angemessenen und notwendigen Reparationen für die persönlichen Verletzungen amerikanischer Staatsangehöriger in Nanking und ihre sachlichen Schäden zu leisten, außer in den Fällen, wo nachgewiesen werden würde, daß diese Schäden durch britische und amerikanische Kriegsschiffe oder durch Lockspitzel der Nordarmee verursacht worden seien. Was die Bestrafung der verantwortlichen Truppenführer betrifft, so wurde ihre Schuld an den Vorgängen bereits bestritten, indessen soll eine Untersuchung durch eine internationale Kommission stattfinden, um die Schuldfrage zu klären. Tschen schlägt vor, daß sowohl die geforderten Bestrafungen wie auch die verlangte Entschuldigung durch Tschiangkaischek von dem Ergebnis dieser Untersuchung abhängig gemacht und daher einstweilen zurückgestellt werde.

Zum Schluß erklärt die Kantonregierung ausdrücklich, daß sie für den Schutz des Eigentums und des Lebens der Ausländer eintrete, macht aber darauf aufmerksam, daß dieser Schutz durch das Weiterbestehen von ungerechten Verträgen erschwert wird, die mit der Größe und der Kraft der chinesischen Nation unvereinbar seien.

Primo fährt nach Marokko.

Madrid, 15. April. (WTB.) Der gestern abend abgehaltene Kabinettsrat hat sich mit den letzten aus Marokko eingetroffenen Nachrichten beschäftigt. Obwohl die Lage dort sich ein wenig gebessert hat, wird Primo de Rivera entsprechend seinem bereits gefaßten Beschluß heute nach Marokko abreisen. Die Vorbereitungen für die Entsendung von Truppen sind im Gange, jedoch werden diese Streitkräfte nur im Fall unbedingter Notwendigkeit nach Marokko eingeschifft werden.

Wird Jugoslawien den Völkerbund anrufen?

Erregung in Belgrad über Mussolinis Erklärung.

Belgrad, 15. April. (WTB.) Nintschitschs Organ „Wreme" schreibt: Das gestrige Kommuniqué der Agenzia Stefani mit der Erklärung, der Vertrag von Tirana berühre Jugoslawien nicht, trägt nicht dazu bei, eine günstige Atmosphäre für direkte Verhandlungen zu schaffen. Das Kommuniqué ist sonderbar und im jetzigen Augenblick unverständlich. „Wreme" deutet an, daß der Völkerbund doch werde eingreifen müssen.

Die offiziöse „Samouprava" fragt, ob in der neuerlichen Reihe jugoslawienfeindlicher Artikel im „Giornale d'Italia" nicht System liege und die Absicht verfolgt werde, die gegenseitigen Beziehungen zu trüben.

Unterirdische Millionen.

Mysterien im Reichshaushalt. — Zur Vorbereitung des neuen Etats.

Der Reichshaushalt, der den Rahmen für die Tätigkeit und den Aufgabenkreis der Reichsregierung bilden soll, ist unter unrühmlichen Begleitumständen verabschiedet worden. Gleich darauf beginnen in den Aemtern die Vorarbeiten für die Festsetzung des nächstjährigen Etats. Der verabschiedete Reichshaushalt hat nun sowohl nach verschiedenster Richtung zu scharfer Kritik Anlaß gegeben, und diese Kritik wurde in zahlreichen Punkten selbst vom gegenwärtigen Reichsfinanzminister Dr. Köhler geteilt. Wenn der Etat des Reiches im nächsten Jahre klarer, übersichtlicher, sozial gerechter und vor allem für die breite Masse des Volkes leichter kontrollierbar werden soll, so ist es notwendig, daß die Etatskritik in der Zwischenzeit fortgesetzt und ausgebaut wird. Das Volk, das von der Regierung die Erfüllung seiner Wünsche zu fordern hat, muß mehr als bisher an den Fragen der Etatsgestaltung teilnehmen, muß es durchsetzen, daß der Wille des Parlaments nicht durch eine machtbewußte Bureaukratie in sein Gegenteil umgebogen wird.

Eine Reihe von Fehlern der gegenwärtigen Haushaltsführung des Reiches ist bereits in diesen Spalten Gegenstand der Kritik gewesen. Gewisse „Ermächtigungen" beeinträchtigen die Klarheit und Durchsichtigkeit des Etats und tragen dazu bei, die Macht der Geheimräte noch zu erhöhen. Die Uebertragbarkeit von Mitteln von einem Etatsjahr auf das andere, die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Etatstiteln, die Möglichkeit, nachgeordneten Dienststellen Mittel „zur Selbstbewirtschaftung" zu überweisen, alle diese Freiheiten wurden bisher meist anstandslos bewilligt; sie durchlöcherten die Kontrolle des Etats. Man kann es verstehen, daß die einzelnen Verwaltungen nicht lässig gewesen sind, auf so leichte und bequeme Art ihren Machtbereich gegenüber dem Parlament zu erweitern. In der Inflationszeit hatten all diese etatsrechtlichen Ermächtigungen ihren Sinn verloren und die Verwaltungen hatten sie fast ausnahmslos fallen lassen. Seit 1924 aber ist man wieder eifrig am Werk, sie auf- und auszubauen, so daß, wenn es in diesem Tempo weitergeht, sie bald den ganzen Etat durchziehen, ja überwuchern werden. So sind z. B. im Wehretat für 1927 in der Heeresabteilung 33 Proz., bei der Marine fast 40 Proz. der fortlaufenden Ausgaben als übertragbar genehmigt. Auch die großen Sammelfonds bei den verschiedenen Verwaltungen schwellen an Zahl und Höhe immer mehr an; neuerdings findet sich sogar am Schluß der ohnehin schon weitmaschigen Zweckbestimmungen mehrfach noch ein „usw.", das dann also ziemlich alles deckt, was die betreffende Verwaltung mit den bewilligten Geldern zu tun beliebt.

Eine weitere Ermächtigungsformel lautet: „Die Einnahmen fließen den Mitteln zu." Sie hat bisher weder in den Beratungen des Reichstags noch in der Presse wesentliche Beachtung gefunden, obwohl sie in ihrer Wirkung auf das Etatsbild und seine Verschleierung kaum unterschätzt werden kann.

Gemäß den Vorschriften der Reichshaushaltsordnung wird der Reichshaushalt nach dem reinen Bruttoprinzip aufgestellt: die Einnahmen sind auf der Einnahmeseite, die Ausgaben auf der Ausgabeseite veranschlagt. Die Reichshaushaltsordnung bestimmt, daß Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander in voller Höhe im Haushaltsplan veranschlagt werden müssen. Nur die Kosten von Versteigerungen, von Beurkundungen von Rechtsgeschäften, Besitzwechselsteuern und derartige Ausgaben dürfen vorweg von den anzugebenden Einnahmen abgezogen werden. Weitere Abweichungen sind nur ausnahmsweise zulässig. Sie sind im Haushaltsplan besonders aufzuführen und unter Angabe der geschätzten Einnahmen und Ausgaben zu begründen. Der von zwei Mitgliedern des Reichsfinanzministeriums herausgegebene Kommentar zur Reichshaushaltsordnung gibt für diese Vorschrift eine treffende Erläuterung. Die gesetzgebenden Körperschaften haben ja für ihre Entschließungen über die Ausnahmen nur dann eine ausreichende Unterlage, wenn sie die Gründe für die Abweichung kennen und sich ein Bild von der Höhe der Bruttoeinnahmen und -ausgaben machen können.

Der Reichshaushalt entspricht diesen Vorschriften in keiner Weise. Bei keinem Etatstitel, bei dem im Reichshaushaltsplan für 1927 die Einnahmen den Mitteln wieder zufließen, werden die Gründe angeführt, die zu solcher Abweichung vom Bruttoprinzip zwingen. Bei keinem dieser Titel wird auch nur der Versuch gemacht, die Bruttoeinnahme zu schätzen. Das Parlament, das nach der Reichshaushaltsordnung gerade über diese verschlungenen Ausnahmefälle Klarheit sollte gewinnen können, wird vollständig im Dunkeln gehalten.

Die Dinge werden dadurch noch schlimmer, daß man nicht mehr von einzelnen Ausnahmefällen reden kann. Im

Reichshaushalt für 1927 ist bei nicht weniger als 82 Titeln die Ermächtigung erbeten und bewilligt worden, wonach „die Einnahmen den Mitteln zufließen". Dementsprechend ist auch der Gesamtbetrag, den diese 82 Titel ergeben, außerordentlich hoch. Er beträgt rund 300 Millionen, genau 285 964 825 Mark. An dieser Summe sind von den 20 Verwaltungen, die der Reichshaushaltsplan umfaßt, 12 gar nicht beteiligt; dagegen entfallen auf das Reichsministerium des Innern und das Reichswirtschaftsministerium kleine, unter 1 Million bleibende Summen, auf das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2,7 Millionen Mark, auf den Kriegslastenetat 10, auf den Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung 15, auf das Arbeitsministerium 50,8, auf das Wehrministerium 62,4 (Heer 56,8, Marine 5,6) und auf das Reichsverkehrsministerium sogar 144,4 Millionen Mark. Daß die Einnahmen, die aus diesen rund 300 Millionen eingehen und an die 82 in Betracht kommenden Fonds ohne weiteres wieder zurückfließen, nicht gering sein können, erhellt ohne weiteres aus der Höhe der Beträge. Wie hoch sie sind, weiß kein Mensch im Reichstag oder in der Regierung. Die einzelnen Dezernenten wissen Bescheid nur über die ihnen unterstellten Fonds. Den Gesamtüberblick hat niemand. Wir fragen: Sind diese Verhältnisse überhaupt noch vereinbar mit dem in der Reichshaushaltsordnung festgelegten Bruttoprinzip und der Vorschrift, daß von diesem Bruttoprinzip nur in Ausnahmefällen und nur unter genauer Darlegung der Gründe abgewichen werden darf?

Wie sehr diese und die früher von uns kritisierten Etatsermächtigungen geeignet sind, das Etatsbild zu verdunkeln, dafür zeugt ein Vorgang aus jüngster Vergangenheit. Bei der Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums stand kürzlich im Reichshaushaltsausschuß ein Titel zur Beratung der für die Fortführung eines angefangenen Kanalbaues 1 Million Mark als siebenten Teilbetrag verlangte. Bei diesem Titel war ständig die Ermächtigung gegeben, daß die Einnahmen den Mitteln zufließen. Ein Mitglied einer Regierungspartei fragte an, warum denn für das große Unternehmen nur 1 Million angefordert werde; er habe ausgerechnet, daß in diesem Tempo die Fertigstellung ein Jahrzehnt und länger dauern werde. Prompt erwiderte der Regierungsvertreter, daß man nicht mehr benötige, da außer der angeforderten Million noch mehrere Millionen aus früheren Jahren zur Verfügung stehen. Trotz dieser verblüffenden Antwort wurde ein sozialdemokratischer Vorstoß, die Ermächtigung wenigstens in diesem Fall zu streichen, abgelehnt. Man begnügte sich mit dem gänzlich unverbindlichen Wunsch an die Regierung, eine Liste der bei den Baufonds ausgegebenen und noch zur Verfügung stehenden Beträge zu erhalten.

Dieser Vorgang ist ein neuer Beweis für die altbekannte Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien zwar die Macht, aber nicht den Willen haben, gegenüber der geheimrätlichen Bureaukratie das Budgetrecht des Reichstags zu festigen. Im Bürgerblock gilt das noch weniger als vorher. Die etatsrechtliche Kritik der Sozialdemokratie hat denn auch bisher einen praktischen Erfolg nicht gezeitigt. Immerhin haben die von der Sozialdemokratie aufgeworfenen etatsrechtlichen Fragen, die bisher überhaupt kaum besprochen wurden, nunmehr in allen Beratungen einen breiten Raum eingenommen. In diesen Beratungen haben zwei Minister, Dr. Geßler und Dr. Köhler, die Berechtigung der sozialdemokratischen Kritik anerkannt, die großen Sammelfonds als unerwünscht und die vielen Uebertragbarkeitsermächtigungen nicht gerade als Leuchttürme besonderer Sparsamkeit bezeichnet. In der Tat sind die vielen im Reichshaushaltsplan der Verwaltung gewährten Ermächtigungen mit dem Budgetrecht des Reichstags unvereinbar; sie stehen mit Sinn und Geist der Reichshaushaltsordnung in Widerspruch. Werden nun gar bei ein und derselben Etatsposition mehrere verschiedene Ermächtigungen zugleich gewährt, so kann von irgendwelcher Bindung der Verwaltung und von einer Kontrolle des Parlaments über die Etatsgebarung überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Die Sozialdemokratie wird daher in den kommenden Jahren ihre Etatskritik verschärfen und mit noch größerem Nachdruck fortsetzen. Die Dinge liegen so kraß, daß auf die Dauer auch der praktische Erfolg nicht ausbleiben kann.

Mehr Schutz für die Arbeitskraft!

Der Mangel der Kontrolle in den Betrieben.

Im Jahre 1925 hat die Zahl der Unfälle in den gewerblichen Betrieben nach den Berichten der preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten um rund 43 Proz. zugenommen. In einzelnen Bezirken betrug die Steigerung gegen das Vorjahr sogar 50 bis 65 Proz. Die Gesamtzahl der gemeldeten Unfälle war mit 326 000 um 98 000 höher als im Jahre 1924. Diese Zahlen zeigen, wie die im Jahre 1925 beginnende Rationalisierung mit dem verschärften Arbeitstempo sich auf die Gesundheitsverhältnisse in den Betrieben auswirken mußte. Daß es keineswegs nur eine bessere statistische Erfassung der Unfälle ist, die die Zahlen größer erscheinen läßt, als sie in Wirklichkeit sind, das geht schon aus der Tatsache hervor, daß 2600 Betriebsunfälle mit tödlichem Ausgang verzeichnet werden mußten, 400 mehr als im Vorjahr. Ebenso war die Zahl der gewerblichen Erkrankungen sehr groß. Ueber die Gründe dieser unsozialen Arbeitsverhältnisse schreibt die „Gewerkschafts-Zeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Im Jahre 1925 sind von 100 Betrieben in Preußen nur 39,3 einer Revision durch die Gewerbeaufsicht unterzogen worden, während vor dem Kriege die Hälfte aller Betriebe kontrolliert wurden. Neben der Erweiterung des Aufgabengebietes mag die Personaleinschränkung und die Kürzung der Reisekosten in der letzten Zeit auf dieses außerordentlich dürftige Resultat nicht ohne Einfluß gewesen sein. Eine befriedigende Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen ist so nicht zu erreichen. Wenn jeder gewerbliche Betrieb — abgesehen von den vielen Werkstätten der Heimarbeiter, die auch noch von der Gewerbeaufsicht zu betreuen sind — im Durchschnitt nur jedes dritte Jahr einmal besichtigt werden kann, dann muß sich das nachteilig auf den gesamten Arbeiterschutz auswirken. Die jetzige geringe Ueberwachung der Betriebe läßt schon erkennen, wie häufig und oft schwer gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter verstoßen wird. Wahrscheinlich doppelt so hoch dürfte die Zahl der Mängel in der Betriebssicherheit sein, die nicht zur Kenntnis der Behörden kam. Nicht die Feststellung der vielen Mißstände auf diesem Gebiete, sondern ihre Beseitigung, hauptsächlich jedoch ihre Verhinderung muß das Ziel der Gewerbeaufsicht sein. Ohne Vermehrung des Personals, ohne Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung der Betriebskontrollen, ohne Aenderung der richterlichen Auffassung über die Notwendigkeit eines guten Arbeiterschutzes kommen wir nicht vorwärts. Warum zögern die verantwortlichen Stellen hier anzupacken? Ist das Ziel nicht der Mühe wert, hat nicht Schutz und Erhaltung von Leben und Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung auch für die Allgemeinheit größte Bedeutung? Die wirtschaftlichen Verhältnisse dürfen nicht als Vorwand dienen zum Raubbau an der Arbeitskraft der Bevölkerung.

In der Tat ist es hohe Zeit, daß die Behörden sich die wirksame Durchführung des Arbeiterschutzes mehr als bisher angelegen sein lassen. Die Sozialdemokratie hat dazu wiederholt ihre Forderungen in den Parlamenten gestellt. Je mehr die Rationalisierung fortschreitet, desto dringender wird auch der Ausbau der Gewerbeaufsicht, wenn verhindert werden soll, daß „amerikanische" Methoden im übelsten Sinne die schwersten Gefahren für die Arbeitsfreudigkeit und die Arbeitsfähigkeit der im Betriebe Tätigen erzeugen.

Die Glasscheiferunruhen in Nordböhmen haben zunächst dem Arbeiter Renner aus Morchenstern zwei Wochen Arrest, verschärft mit zwei Fasten, wegen Hausfriedensbruchs eingetragen, von der Anklage der Beschädigung fremden Eigentums wurde er freigesprochen. Im Gablonzer Bezirk sind jetzt sogar Versammlungen gegen die (von uns schon gekennzeichnete) Verwaltungsreform verboten.

„Wenn wir unseren Kaiser hätten . . ."

Karfreitagsschmus eines Pastorenblattes.

Jedes deutschnationale Blatt bringt zum Karfreitag einen gefühlvollen Leiter mit christlichem Augenaufschlag, zumeist aus der Feder eines mehr oder minder hohen Geistlichen. Auch der „Reichsbote", das rückständigste aller deutschnationalen Pastorenblätter, bringt einen solchen Leiter. Ihn zeichnet der Generalsuperintendent — bald wird er „Bischof" heißen — D. Bits. Er beginnt mit dem schönen Satz: „Wir grüßen dich, du stiller, heiliger Karfreitag!"

Um diesen Gruß recht würzig zu machen, bringt der „Reichsbote" zur Erbauung seiner Leser noch einige pfeffrige Sachen gegen Demokratie und Republik. Wie sollte es auch anders sein, die evangelische Kirche hat noch immer nicht genug Anhänger durch Kirchenaustritt verloren. Ihre Wortführer treiben die Gläubigen sehenden Auges davon.

In all dem Haß, der da zum Karfreitag gegen die Republik gespritzt wird, fällt fast angenehm ein angeblicher Brief auf, den ein deutsches Mädchen aus Amerika geschrieben haben soll. Der ist wirklich süß und rührend! Er ist wert, auch anderen zu Gesicht zu kommen, als nur den wenigen Landpastoren, die den „Reichsboten" lesen. Das angebliche deutsche Mädchen erzählt von zwei deutschen Arbeitern, die ihr in der natürlich amerikanischen Eisenbahn begegneten, und die Heimweh hatten:

„Ja, unser Deutschland!" sprachen sie dann. Der eine bemerkte: „Und wenn wir unseren Kaiser hätten, der erste wäre ich, der mit Weib und Kindern zurückkehren würde, und wenn ich hungern müßte. Aber als unser Kaiser noch am Ruder war, ist keinem eingefallen, auszuwandern!" — Die Gesichter von diesen Männern werde ich nie in meinem Leben vergessen. Bei den Worten „unser Kaiser" belebten sich ihre schlaffen Gesichtszüge und ein Leuchten trat in ihre so müden Augen. Gerne hätte ich jedem die Hand gedrückt, aber ich konnte nicht, das Bild meines Kaisers, wie ich es seit meiner Kindheit im Herzen trage, stand zu gewaltig vor mir. Mein einziger Wunsch war nur: „Könnte dies alles mein Kaiser hören!"

Der Brief ist sicher erfunden und zwar recht dumm erfunden. Zwar paßt solche christliche Erfindung eigentlich recht schlecht zum Karfreitag! Doch deshalb ist es gut, daß „mein Kaiser" das nicht alles zu hören bekommt. Denn er könnte leicht feststellen, wieviel wirkliche oder doch vorgeschützte Unkenntnis in den Spalten seiner getreuesten Presse zu Hause ist. „Mein Kaiser" weiß sicher, daß während seiner „Friedensregierung", das ist in den Jahren 1888 bis 1913 einschließlich, **nicht weniger als 1 Million und 60 000 Deutsche den deutschen Staub von den Pantoffeln geschüttelt und den Weg nach Uebersee gesucht haben!** Er weiß wahrscheinlich auch, daß viele der amerikanischen Soldaten, die 1918 den Krieg gegen Deutschland entschieden, Söhne von solchen Deutschen gewesen sind, die während der Monarchie vor den herrlichen Zeiten flüchteten und in Amerika eine zweite Heimat fanden.

Das alles weiß natürlich das „christliche" und deutschnationale Blatt auch. Der angebliche Brief des angeblichen deutschen Mädchens aus Amerika liest sich zwar für alte Tanten süß und gefühlvoll — er zeigt aber, wie ehrlich diese Sorte von Christen gerade am christlichen Feiertag es mit der historischen Wahrheit nimmt!

Personalveränderung in Preußen.

Der neue Vizepräsident von Hannover.

Zum Vizepräsidenten der Regierung in Hannover wurde Oberregierungsrat Masur-Schneidemühl bestimmt. Masur gehört der Sozialdemokratischen Partei an. Er übernimmt in Hannover die Stelle des Genossen Dr. v. Harnack, der als Regierungsvizepräsident nach Köln gegangen ist.

Preußens Fürsorge für den Osten.

Der preußische Minister des Innern setzt unmittelbar nach Ostern seine Reise durch den Osten Preußens fort. Er besucht vom dritten Osterfeiertag an bis Ende der Woche die Grenzmark Posen-Westpreußen, beginnend am Mittwoch in Schneidemühl.

Tageslauf eines Weltbürgers.

Der Generalsekretär der Paneuropäischen Union in Frankreich, Francis Delaisi, hielt als Gast der Paneuropäischen Union in Belgien einen Vortrag, der im Aprilheft von Coudenhove-Kalergis Zeitschrift „Paneuropa" in deutscher Sprache veröffentlicht wird und dem wir den folgenden Abschnitt entnehmen.

Wenn Herr Durand am Morgen aufsteht, dann wäscht er sich mit einer Seife, die aus einer Essenz vom Kongo hergestellt wird, und trocknet sich mit einem Handtuch von Baumwolle aus Louisiana ab. Dann kleidet er sich an: sein Hemd und sein Hemdkragen sind aus russischem Lein, seine Hose und seine Weste sind aus Wolle, die vom Kap oder aus Australien kommt. Er wählt eine Krawatte, deren Seide aus japanischen Kokons hergestellt ist. Das Leder seiner Stiefel ist aus der Haut eines argentinischen Ochsen, welche durch deutsche chemische Produkte gegerbt worden ist. In seinem Speisesaal, der mit einem holländischen Büfett aus ungarischem Holz geschmückt ist, bedient er sich eines Besteckes, dessen Kupfer von Rio Tinto, dessen Messing von Detroit und dessen Silber aus Australien eingeführt worden ist. Auf dem Tisch steht sein Frühstück, frisches Weißgebäck aus Weizen, der entweder aus der Beauce oder aus Rumänien oder Kanada stammt. Er verzehrt Eier, die gerade aus Marokko gekommen sind, eine Schnitte Pökelfleisch, das vielleicht in gefrorenem Zustand aus Argentinien importiert wurde, grüne Erbsen aus kalifornischen Konserven. Zum Dessert nimmt er englische Konfitüren (aus französischen Früchten und Kubazucker) und er trinkt schließlich eine ausgezeichnete Tasse Kaffee aus Brasilien. So gestärkt, eilt er an seine Arbeit. Ein elektrischer Trambahnwagen (den ein Motor von Thomson Houston vorwärts bewegt) bringt ihn in sein Amt. Nachdem er dort die Kursberichte aus Liverpool, London, Amsterdam oder Yokohama durchgesehen hat, diktiert er sein Tagespensum in eine Schreibmaschine englischer Herkunft und unterschreibt mit einem amerikanischen Griffel. In seinen Betriebsräumen erzeugen Maschinen, die in Lothringen nach deutschen Plänen hergestellt, mit englischer Kohle betrieben und die mit Rohprodukten aus aller Welt gespeist werden, „Pariser Spezialartikel" für seine brasilianischen Käufer. Und er gibt Auftrag, daß die Ware mit dem ersten deutschen Frachtdampfer, der den Hafen von Cherbourg anläuft, nach Rio de Janeiro expediert wird. Dann geht er zu seinem Bankier, um einen Guldenbetrag von einem holländischen Käufer einzukassieren und gleichzeitig einen Pfundbetrag zu kaufen, um seinen englischen Lieferanten zu bezahlen. Der Bankier benützt diese Gelegenheit, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er augenblicklich über ein großes Guthaben verfüge und daß die Petroleumwerte im Steigen seien. Er rät ihm daher, ein Geschäft zu machen, und Herr Durand läßt sich gerne überreden. Da man aber nicht alle Eier in denselben Korb legen soll, gibt er Auftrag, gleichzeitig vier Schlüsse „Royal Dutch" und zehn Schlüsse einer französischen Gesellschaft zu kaufen, welche eine Zweiggesellschaft der „Standart Oil" ist.

Sehr befriedigt über den Verlauf seines Tages, kehrt er heim und schlägt seiner Frau vor, den Abend im Theater zu verbringen. Madame wirft sich sogleich in ihr schönstes Kleid (von Paquin Limited), setzt die hübsche Pelzhaube aus Blaufuchs auf (aus Sibirien) und vergißt auch ihre Diamanten (vom Kap) nicht. Zunächst soupieren sie in einem italienischen Restaurant. Von dort gehen sie in das „Russische Ballett" oder in die Singspielhalle zu Raquel Meller, sofern sie es nicht vorziehen, ein Stück von Gabriele d'Annunzio anzusehen, in dem Ida Rubinstein in der Inszenierung von Bakst spielt. Nachdem sie noch das „Kaukasische Kabarett" aufgesucht haben, wo eine Negerjazzband spielt, kehren sie nach Hause zurück, und Herr Durand schläft, ermüdet von seinem so anstrengenden Tag, unter seinem Oberbett (dessen Federn norwegische Gänse gespendet haben) ein und träumt, daß Frankreich ein großes Land ist, welches sich selbst genügen und welches der übrigen Welt ein Schnippchen schlagen könne.

Der Fall Becher vor dem Reichsgericht.

Aufforderung des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller an den Oberreichsanwalt.

Der Schutzverband deutscher Schriftsteller, der als überparteiliche Organisation alle Interessen der Schriftsteller vertritt, ersucht den Herrn Oberreichsanwalt, den Dichter J. R. Becher als Verfasser des Romans „(ChCl = Ch) 2 As (Levisite) oder „Der einzig gerechte Krieg" vor dem hohen Reichsgericht in den Stand des Angeklagten zu versetzen.

J. R. Becher wurde wegen drei beanstandeter Schreiben im Juli 1925 verhaftet und nach Erlaß der sog. Hindenburg-Amnestie wieder entlassen. Das Verfahren mußte also als eingestellt gelten.

Wegen der Verbreitung von Bechers neuem Roman, die erst nach der Amnestie stattfand, wurden die Buchhändler Reimann und Domnig angeklagt und verurteilt. Trotz der inzwischen eingetretenen Amnestie wurde aus den früher beanstandeten Schriften eine „Fortgesetzte Handlung" hergeleitet und zwar zuungunsten des Buches, während der Begriff der fortgesetzten Handlung sonst zugunsten des Angeklagten und besonders der Strafabmessung vorgesehen ist. Während als Beweisstücke der Anklage zusammenhangslos herausgerissene Stellen benutzt wurden, hätten zugezogene Sachverständige zweifellos dahin geurteilt, daß jedes dichterische Werk als neuer schöpferischer Akt und als Offenbarung einer neuen inneren Gestaltung anzusehen ist.

Das Buch ist eingezogen worden, ohne daß der Verfasser als verantwortlicher Urheber in seiner Sache gehört worden wäre. Da kein Verleger, besonders unter der Drohung der fortgesetzten Handlung noch ein Werk von Becher zu veröffentlichen wagen kann, muß seine schriftstellerische Existenz in materieller und ideeller Hinsicht als vernichtet gelten.

Der Schriftsteller J. R. Becher hält es mit Pflicht und Ehre für unvereinbar, daß andere für den Inhalt seiner Schriften unverantwortliche Personen statt seiner angeklagt und verurteilt werden.

Nachdem er sich während des zwei Jahre schwebenden Verfahrens mehrfach ohne Erfolg angeboten hat, erwartet der Schutzverband deutscher Schriftsteller vom Herrn Oberreichsanwalt, daß der Schriftsteller J. R. Becher aus völliger Rechts- und Schutzlosigkeit wenigstens in die Rechte des Angeklagten versetzt werde.

Die Arbeiten am Pergamon-Museum. Im preußischen Kultusministerium und in den Berliner Museen sind zurzeit neue Erwägungen und Versuche darüber im Gange, wie das Hauptstück des künftigen Pergamon-Museums, der große Relieffries am Altar, am wirkungsvollsten aufgestellt werden kann. Der bisherige Plan, nach dem dies Glanzstück der Antiken-Abteilung nicht als zusammenhängender Fries, wie einst am Altar selbst und auch in dem kleinen früheren Pergamon-Museum, zu sehen wäre, sondern die Abwicklung an der Altar-Rekonstruktion unterbrochen und die Reliefs auf die Museumswände hinübergezogen wären, befriedigte niemandem. Neue Gedanken zur Besserung sind aufgetaucht, unter Einbeziehung des oberen Raumes, der für die Aufstellung des Telephos-Frieses aus Pergamon dienen sollte. Ehe eine Entscheidung über die Frage gefallen ist, sind die Arbeiten an der großen Mittelstreppe des Pergamon-Museums, die zum Telephos-Saal hinaufführen sollte, vorläufig unterbrochen worden. Im Augenblick ist übrigens der Direktor der Antiken-Abteilung, Geheimrat Theodor Wiegand, in Pergamon selbst zum Abschluß der deutschen Grabungen eingetroffen. Mehrere hundert Arbeiter sind angeworben, die Feldbahnen und Zufahrtsstraßen zu den Grabungsfeldern werden wiederhergestellt, und in den nächsten Tagen sollen die Schürfungen beginnen.

Drittes Konzert des „Jungen Chors". Chor der Jugendlichen, Chor der frischen Stimmen, des frohen Musizierens, des bequemen Lernens. Das Im-Kopf-behalten ist diesen Jungens und Mädels noch eine leichte Hirnarbeit. Bei anderen Chören, denen der Erwachsenen, ist der Schädel schon besetzt von tausend anderen Erinnerungen und Vorstellungen. Das Auswendigsingen ist da viel seltener. Und doch ist erst in solcher Freiheit eine Einstimmung mit Text und Noten vollkommen zu erreichen. Der „Junge Chor" hat das Glück, in Heinz Tiessen einen zielvollen, in der Sache strengen, im Wesen aber sanften, gütigen Erzieher zu besitzen. Man hört ordentlich das gute Einvernehmen zwischen Chor und Dirigent, zwischen Kindern und väterlichem Freund heraus. So weiß er denn auch am besten, was diesen Stimmen gut tut, was ihren Herzen frommt, welche Grenzen seinem Material gesanglich und inhaltlich gezogen sind. Gesänge aus dem 16. Jahrhundert, fröhlich, verliebt, einfältig, herzhaft in der Melodie, primitive Gegenwartslieder aus der Feder des natürlich schreibenden, gesangsmäßig empfindenden Metallarbeiters Walter Rohde (deren kunstvollerer Satz wohl auf Tiessens Konto kommt); Volkslieder, Kinderlieder, schließlich als Krönung ein paar Tendenzchöre. Die Stimmung im überfüllten Haus der Singakademie ist glänzend. Auch, als Frau Petzko-Schubert sehr kraftvoll und tonschön mit dem etwas jahrigen Johannes Strauß die Kreutzersonate exekutiert. Ein schöner Erfolg des Chors und seines Führers, ein Erfolg, der immer wieder neu errungen werden muß, da ja die Kräfte der Mutation wegen oft oder ständig wechseln. Um so anerkennenswerter die Stabilität der exakten Leistung. K. S.

Wichtige Ausgrabungen in Sizilien. Während der Arbeiten zur Anlage eines Sportplatzes bei Syrakus ist man auf eine im Felsen ausgehauene Kammer gestoßen, die überaus wertvolle antike Kunstwerke zeigte. Der Boden ist mit einem prächtigen Mosaik belegt und auf einem Teil der Wand befinden sich sehr schöne Malereien. Auf der Wand entdeckte man auch einen Plan von Syrakus mit Wiedergabe seiner Denkmäler und im Mittelpunkt der Kammer befindet sich eine Säule mit einer Statue der Minerva in vergoldeter Bronze.

Reform des Dawes-Plans?

Vorschläge eines amerikanischen Bankiers und ihr Echo bei der Reaktion.

Der „Vorwärts" verzeichnete vor einigen Tagen die aufsehenerregende, von der Regierung dementierte Meldung, wonach eine Reform des Dawes-Planes ins Auge gefaßt sei. Angekündigt war, daß Deutschland Monopole für Tabak und Zucker einführen, das Spiritusmonopol erweitern, die Reichspost in eine Aktiengesellschaft verwandeln und das Verkehrsmonopol ausbauen sollte. Die völkische „Deutsche Zeitung" bezeichnete diese Pläne als Absichten der Regierung; diese stritt alles ab, wir betonten, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Meldung durch eine Indiskretion der vom Rechtsblock geförderten reaktionären Beamten in die Rechtspresse gelangt ist.

Jetzt stellt sich heraus, daß der amerikanische Großbankier Kahn, der dieser Tage in Berlin gewesen ist, tatsächlich solche Vorschläge gemacht und in einem Briefe dem Reparationsagenten unterbreitet hat. Die Vorschläge gehen davon aus, daß Deutschland seine Jahresleistungen nicht zahlen kann. Ihr genauer Wortlaut ist nicht bekannt. Trifft es jedoch zu, daß Kahn mit seinen Vorschlägen die Reparationszahlungen auf ein geringeres Maß als bisher begrenzen will, so hätte nach unserer Meinung die Regierung die Pflicht, derartige Pläne auf das sorgfältigste zu prüfen und dem deutschen Volke jeden unnötigen Konflikt zu ersparen. Und ein Konflikt ist unabwendbar, wenn man es dem Zufall überläßt und den Zeitpunkt abwartet, wo die Unerfüllbarkeit der Reparationen den Wirtschaftern zwar erkennbar wird, der Diplomatenbureaukratie aber nicht glaubwürdig erscheint. Dann wird der Reparationsagent als ein Beauftragter der Staaten auf seinem Schein bestehen müssen, während er es nicht brauchte, sofern die Auslandsstaaten durch eine sachliche Diskussion auf diesen Konflikt zwischen der Zahlungsforderung der Entente und dem Zahlungswillen Deutschlands vorbereitet ist.

Deutschland hat also ein starkes Interesse an einer sachlichen Prüfung solcher Vorschläge. Wir selbst haben anläßlich der ersten Meldung, die die Regierung zu bestreiten suchte, bereits unsere Bedenken gegen den neuen Plan ausgedrückt. Was aber tut die reaktionäre Presse?

Gerade sie, die sonst immer die Revision des Dawes-Planes vertritt, lehnt jede Diskussion über Kahns Vorschläge ab. Arm in Arm mit den Völkischen tritt die Scherlpresse gegen eine neue „Versklavung" Deutschlands auf. Diese Wirkung des Briefes von Kahn muß überraschen. Wie kann denn von einer neuen Versklavung die Rede sein, wenn — um in der Sprache der Reaktionäre zu reden — die Sklavenketten Deutschlands gelockert werden sollen?

Nun, der Grund ist nicht schwer zu erraten. Ausbau der Monopole oder gar Schaffung neuer Staatsbetriebe bedeutet den Reaktionären ein schwerer Angriff auf das private Eigentum. Die Deutschnationalen haben schon früher den Beweis geliefert, daß sie auf die „nationalen Belange" pfeifen, wenn der Geldsack bedroht ist. Ihr Reichsfinanzminister Schlieben hat, um den Besitz von Steuern zu entlasten, die Zölle und Verbrauchssteuern mit einer Mehrheit, die sich aus den heutigen Regierungsparteien zusammensetzte, erhöht. Der Erfolg war, daß sich für die beiden nächsten Reparationsjahre die **Zahlungspflicht Deutschlands um volle 500 Millionen Mark erhöhte!** Erst der demokratische Finanzminister Reinhold vermochte diese leichtfertig bewirkte, durch deutschnationale Finanzpolitik herbeigeführte freiwillige Mehrleistung um 200 Millionen Mark zu senken. Uebrig blieben immerhin noch als Folge des deutschnationalen Manövers Mehrleistungen in Höhe von 300 Millionen Mark, die das deutsche Volk über die Dawes-Forderungen hinaus zu zahlen hat!

Die Beweggründe der Deutschnationalen für ihren damaligen Reparationsfanatismus waren dieselben wie diejenigen, die jetzt die Rechtsparteien veranlassen, jede Erörterung des Reparationsproblems abzulehnen. Damals galt ebenso wie heute die Verteidigung des Großkapitals mehr als nationale Ehre, Sklavenketten und Tributzahlungen.

Dasselbe Spiel wird heute getrieben, wo das Privateigentum nicht von Steuern, sondern von einer Diskussion über Monopole bedroht werden könnte. Lieber sabotiert man eine Herabsetzung der Reparationspflichten, als daß man auch nur ernsthaft über neutrale Vorschläge diskutiert.

Das ganze ist ein Stück deutschnationaler Befreiungspolitik, die die ganze Lügenhaftigkeit der reaktionären Demagogen aufs Neue enthüllt. Wir sind gespannt, ob der Außenminister Stresemann und der Finanzminister Köhler ihren Koalitionsfreunden auf diesem Wege folgen.

Kommunistischer Schwindel überall.

Auch in Deutschösterreich.

Für den Wahlkampf in Deutschösterreich hatten die Kommunisten nach berühmtem Muster in einem „offenen Brief" der Sozialdemokratie angeboten, für ihre Kandidatur zu stimmen, wie diese das kommunistische Wahlprogramm annehmen würde. Selbstverständlich wurde das abgelehnt.

Nachträglich hat dann der Führer der kommunistischen Opposition, Joseph Frey, enthüllt, wie es zu diesem Angebot gekommen ist. Auf der Reichskonferenz der Kommunisten sei die überwiegende Stimmung dafür gewesen, sozialdemokratisch zu wählen. Da hätten das Zentralkomitee und der „Kominternvertreter", ein sehr junger Wiener Student, der mit der Vertretung der Kommunistischen Internationale betraut ist, ein angebliches Telegramm aus Moskau vorgelegt, in dem die Kommunistische Internationale verlangt haben soll, ein „Angebot mit unerfüllbaren Bedingungen" zu stellen, um mit der Ablehnung dieses Angebots ihre selbständige Kandidatur vor den Arbeitern zu rechtfertigen. Unter dem Drucke dieses Telegramms sei der „Offene Brief" mit dem bewußt und absichtlich unannehmbar gestalteten Wahlprogramm beschlossen worden.

Diese Darstellung Freys hat das Kommunistenblatt bestritten. Darauf veröffentlicht Frey folgenden Bericht des Obmannes der kommunistischen Lokalorganisation Voitsberg, Joseph Rohry, der bei der Reichskonferenz anwesend war:

Bei Eröffnung der Reichskonferenz schlug der Kominternvertreter nach einem zweistündigen Referat vor, die Kommunistische Partei müsse „laut Beschluß der Komintern (Kommunistische Internationale. D. Red.) ohne jedes Angebot selbständig in die Wahlen gehen, so wie im Jahre 1923. Die darauffolgende Diskussion zeigte, daß ein sehr großer Teil der Delegierten nicht für diese Taktik war, sondern für ein **Einheitsangebot an die Sozialdemokratie, und zwar nicht als Manöver, sondern als ein ehrliches** Angebot mit vom Standpunkt der großen Massen wirklich annehmbaren Bedingungen. Als dies immer schärfer zutage trat, zogen sich die Zentralkomiteemitglieder und der Kominternvertreter unauffällig zu einer Sitzung zurück. Als sie nach einer halben Stunde zurückkamen, ergriff der Kominternvertreter das Wort. Er erklärte, soeben sei ein Telegramm aus Moskau gekommen, das die endgültige Entscheidung bedeute und diese Entscheidung besage: Wir werden keine Listenkoppelung oder Einheitsliste mit der Sozialdemokratie machen. **Wir werden ein Angebot an die Sozialdemokratische Partei machen, aber nur als Manöver!** Das heißt, wir werden ihr solche Forderungen stellen, die das Programm der Kommunistischen Partei sind, die die Sozialdemokratische Partei daher nicht annehmen wird! Und weil wir wissen, daß das die Sozialdemokratische Partei ablehnen wird, müssen wir schon von heute ab die Vorbereitungen für die selbständige Kandidatur beginnen.

Diese Darstellung stützt Frey noch durch einen zweiten, von dem kommunistischen Arbeiter Georg Eder (Kagran) unterzeichneten übereinstimmenden Bericht. Es ist mithin kein Zweifel mehr möglich, daß der „Offene Brief" ein gemeines Schwindelmanöver gewesen ist. Die Kommunistische Parteileitung war von Anfang an entschlossen, der Seipel-Liste durch selbständige Kandidaten zu helfen. Um diese Schädigung der Arbeiterklasse vor den Arbeitern zu rechtfertigen, hat sie den Schwindel mit den „unerfüllbaren Bedingungen" aufgeführt. Und um diese Schwindeltaktik bei ihren eigenen Parteigenossen durchzusetzen, hat sie sich das „Telegramm aus Moskau" erfunden.

Tschechischer Parteitag.

Im Zeichen der Opposition gegen den Rechtsblock.

Prag, 14. April. (Eigener Bericht.)

Vom 15. bis zum 18. April findet in Prag der 15. Parteikongreß der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie statt. Der Parteivorstand hat einen umfangreichen Bericht herausgegeben, in dem die dreijährige Periode seit dem letzten Parteitag in Mährisch-Ostrau in politischer, wirtschaftlicher, internationaler und organisatorischer Hinsicht geschildert wird. Auf dem letzten Parteitag wurde beschlossen, daß der nächste Kongreß über ein neues Parteiprogramm beschließen soll. Damals wurde eine prinzipielle Erklärung als Grundlage der Diskussion angenommen. Aber der diesjährige Kongreß wird inmitten eines erbitterten Kampfes der Partei gegen die Politik der Rechtskoalition tagen. Es wird dem Kongreß ein Antrag vorgelegt, die Diskussion über das Parteiprogramm zu vertagen, weil die Beratungen über die neue politische Situation — es ist der erste Parteikongreß, bei welchem die parlamentarische Fraktion im tschechoslowakischen Staate als Opposition auftritt — viel Zeit in Anspruch nehmen wird und dadurch würde für die Programmdiskussion nicht die erforderliche Zeit vorhanden sein. Es soll ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden und zwar im nächsten Jahre, wo die Partei das fünfzigjährige Jubiläum des ersten Kongresses 1878 feiern wird.

Den Vorsitz des Kongresses wird gewesener Präsident des Abgeordnetenhauses Abg. Tomaschek führen. Zum Bericht des Parteivorstandes spricht der neue Parteisekretär Senateur V. Dundr, über die politische Lage und den Kampf gegen die Reaktion spricht Abg. Gen. Dr. Meißner, über die internationale Situation und die Arbeiterinternationale Senateur Dr. Soukup, über das neue Parteiprogramm Abg. Gen. Stivin, über die wirtschaftlichen und sozialen Fragen Abg. Hampl, Vorsitzender des Parteivorstandes. Der Kongreß soll auch ein Manifest für die kommende Arbeiterolympiade bzw. das internationale Arbeiterturnerfest werden. Das neue Parteiprogramm, das dem Kongreß bereits als fertiggestellter Entwurf mit der Bestimmung, diesen in den Organisationen zu diskutieren, vorgelegt wird, besteht aus einer prinzipiellen Erklärung, dann einem ausführlichen Aktionsprogramm und aus einem besonderen Programm für die Gemeindepolitik und die Agrarfrage.

Nach dem ausgegebenen Bericht des Vorstandes zählt die Partei 3022 Ortsgruppen, d. h. 766 mehr als vor drei Jahren, mit 144953 Mitgliedern, davon 16 Proz. Frauen. Die Zahl der Jugendsektionen hat sich um 60 Proz. vermehrt, ihr Mitgliederstand um über 100 Proz. Die Partei hat 30 Bezirksvorsteher, 435 Bezirksräte, 595 Gemeindevorsteher und 10241 Mitglieder der Gemeindeverwaltungen, so daß jeder zehnte organisierte Genosse in der Selbstverwaltung tätig ist. Von den Parteimitgliedern sind 80 Proz. Arbeiter oder Angestellte. Interessant ist, daß 30 Proz. der Parteimitglieder konfessionslos sind, im Pilsner Kreis sogar 60 Proz. Zum Parteitag sind schon einige auswärtige Gäste angemeldet.

Bethlens Stellvertreter.

Prälat Vaß.

Genosse Kallay, Direktor der Arbeiterkrankenkasse in Miskolcz, seit Monaten wegen gesprächsweiser Beleidigung Horthys verhaftet und angeklagt, wird auch der üblen Nachrede gegen den Vizeministerpräsidenten Prälat Vaß beschuldigt. Kallay versucht den Wahrheitsbeweis und beruft sich dazu auf folgende Mitteilung des Abgeordneten Markgraf Pallavicini im Parlament:

In Budapest wurden zwei Kraftwagenführer, deren Wagen zusammengestoßen waren, vom Wachmann zur Ausweisleistung aufgefordert. Dem einen Wagen entstieg eine sehr elegante, schöne Dame, die Schauspielerin Irene Biller. Im Hintergrund des Wagens sah der Wachmann noch eine Frauengestalt. Er fragte die Schauspielerin: „Wer ist diese Dame in Schwarz?"

Antwort: „Das ist mein Mütterchen!"

Der Wachmann steckte seinen Kopf durch das Fenster und stellte fest, daß das Mütterchen im schwarzen Gewande der Minister und Prälat Dr. Vaß war. Seit diesem Vorfall werde der Minister im Parlament nur noch „Mütterchen" genannt. (Dieser Vaß hat in der von gläubigen Katholiken streng innezuhaltenden Fastenzeit ein fabelhaftes Bankett gegeben.)

Zur Vernehmung von Zeugen wurde die Verhandlung vertagt, der Direktor Kallay in Haft behalten.

Neuer Lohnvorschlag im Baugewerbe.

Die Lohnverhandlungen für das Berliner Baugewerbe waren bekanntlich gescheitert; es mußte deshalb am 13. April das Tarifamt sprechen. Die Verhandlungen gestalteten sich überaus schwierig. Die Unternehmer vertraten den Standpunkt, daß der Lohn der gelernten Bauarbeiter in Höhe von 58 Reichsmark in der Woche an sich schon zu hoch sei. Sie meinten weiter, daß die Lohnerhöhung so, wie sie gefordert, viel zu früh eintrete. Die Verhandlungskommission trat dieser Auffassung auf das schärfste entgegen. Es käme dem Tiefbauverband und dem Betonverband nur auf eine Verschleppung an. Das Tarifamt müsse einen Spruch fällen, der den Bauarbeitern den Lohn von der ersten Lohnwoche im April an sichert. Kein Tarifamt dürfe sich zu dieser offenbar beabsichtigten Verschleppung hergeben. Dieser Auffassung konnte sich das Tarifamt nicht verschließen.

Es kam ein einstimmiger Spruch zustande, der wiederholt, daß den Bauarbeitern, also auch den Bauhilfsarbeitern und Tiefbauarbeitern mit Wirkung vom 6. April der erhöhte Lohn zu zahlen ist. Allerdings erfuhr der Vorschlag vom 6. April insoweit eine Korrektur, als den Tiefbauarbeitern jetzt nicht sieben, sondern nur sechs Pfennige, dafür aber ab 28. September statt drei Pfennige vier Pfennige Lohnerhöhung gezahlt werden sollen.

In der Obleuteversammlung der Maurer und Hilfsarbeiter, die am Donnerstag abend im Gewerkschaftshause zu diesem Ergebnis Stellung nahm, plädierte Genosse Drügemüller für Annahme des Spruches. Zwar hätten die Zimmerer erklärt, daß sie nicht zustimmen werden, jedoch hat der Baugewerksbund bei seiner Entscheidung auch die Interessen der ungelernten Arbeiter zu wahren. In lebhafter, sachlicher Aussprache wurde an dem Verhalten der Unternehmer, besonders derjenigen des Tiefbau und Betonbaues, scharfe Kritik geübt. Von allen Rednern wurde die Haltung der Verhandlungskommission trotz verschiedener Auffassung über die Lage durchweg gebilligt. Schließlich stimmten die Obleute gegen 11 Stimmen der Annahme des Spruches zu.

Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung.

Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag beabsichtigen, in größerem Kreise zu der Neuorganisation des Arbeitsnachweises und dem Aufbau der Arbeitslosenversicherung Stellung zu nehmen. Sie haben daher eine Arbeitsnachweistagung zum 22. April nach München einberufen. Einladungen sind außer an Städte und Landkreise an die Reichsregierung, die Regierungen der größeren Länder, den Reichstag, den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und in der Sozialpolitik führende Persönlichkeiten ergangen.

Auf der Arbeitsnachweistagung soll insbesondere zu den Plänen der Reichsregierung Stellung genommen werden, die eine Reichsanstalt als Träger von Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung und neue Reichsbehörden vorsehen, die Zweigstellen der Reichsanstalt werden sollen.

Der Streik der Linoleumleger beendet.

Die Unternehmer hatten den Tarif gekündigt mit der Forderung, den Tariflohn von 1,40 M. auf 1,20 M. herabzusetzen und die Akkordlöhne um 25 Proz. zu kürzen. Der Manteltarif sollte ebenfalls verschlechtert und die Ferientage von 4—14 Tage auf 2—7 Tage festgelegt werden. Die Verhandlungen am Dienstag ergaben, daß die Unternehmer ihre Forderungen zurückziehen mußten. Der Tariflohn sollte jedoch 1,45 M. betragen und die Akkordlöhne sollten nicht erhöht werden.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde auf Vorschlag der Verhandlungskommission einstimmig abgelehnt und der Streik beschlossen. Die vollkommene Arbeitsruhe führte zu neuen Verhandlungen am Mittwoch, die das Ergebnis hatten, daß der Mindestlohn ab 7. April bis 30. September 1927 1,50 M. beträgt. Die Akkordlöhne werden um 7 Proz. erhöht. Ab 1. Oktober erfolgt eine weitere Erhöhung um 5 Pf. und die Akkordlöhne entsprechend. Der Manteltarif wurde bis 15. April 1928 verlängert.

In der Versammlung wurde nach einem Bericht des Kollegen Blume vom Sattlerverband das Ergebnis nach Empfehlung der Kommission zur Annahme gegen 6 Stimmen angenommen. Ein Beweis dafür, daß die Kollegenschaft die Einstellung der Kommission vollkommen anerkannte und ihr ein fast einstimmiges Vertrauensvotum ausdrückte. Beteiligt waren an der Bewegung rund 300 Arbeiter.

Betriebsratswahlen im mitteldeutschen Bergbau.

Bis jetzt liegen die Ergebnisse der Betriebsratswahlen aus 62 Betrieben vor. Insgesamt sind bisher 7217 Stimmen abgegeben worden, wovon die freien Gewerkschaften 5316 Stimmen erhalten haben. Mandate erhielten: Freie Gewerkschaften 332 (davon der Bergarbeiterverband 268), die Christen eins, die Hirsch-Dunckerschen drei, die Polnische Berufsvereinigung eins, die Gelben und Werksgemeinschaften neun, Sonstige (Unorganisierte) sieben.

Die verhältnismäßig niedrige Stimmenzahl ergibt sich daraus, daß auf einer Anzahl von Betrieben überhaupt keine Wahlen vorgenommen wurden, weil nur eine Liste eingereicht war. Die Führung der freien Gewerkschaften mit dem Bergarbeiter-Verband an der Spitze ist unbestritten. Sie haben von 353 Mandaten allein 332 erhalten. Die Hoffnung der Arbeitgeber auf Erfolge ihrer Schutztruppen ist zuschanden gemacht worden.

Unfälle bei Gleisarbeiten.

In einer jüngst ergangenen Verfügung an die einzelnen Reichsbahndirektionen weist die Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft darauf hin, daß in der Unfallstatistik die Entgleisungen, deren Ursachen auf die Beschaffenheit des Oberbaues zurückzuführen sind, einen großen Raum einnehmen. Die Zahl der Unfälle habe schon Ende Oktober 1926 fast die hohe Zahl des ganzen Jahres 1925 erreicht. Die Hauptverwaltung stellt fest, daß fast ein Viertel der Unfälle durch unsachgemäße Ausführung der Gleisarbeiten verursacht worden sind.

Auch wir haben an dieser Stelle oftmals auf diese Dinge hingewiesen und dabei betont, daß die Unfälle, welche durch unsachgemäße Ausführung von Gleisarbeiten hervorgerufen werden, darauf zurückzuführen sind, daß die Reichsbahnverwaltung ihr altes eingearbeitetes Stammpersonal einfach auf die Straße setzte und an deren Stelle gerade bei Gleisarbeiten landfremde Unternehmer bevorzugte. Dadurch wurden die Arbeiten nicht nur teurer, sondern auch schlechter. Gelegentlich des großen Eisenbahnunfalles bei Velferd- hat sich dann die gesamte Presse dem hier vertretenen Standpunkte angeschlossen. Damals erklärte der Herr Generaldirektor, daß die Qualität des Oberbaues nichts zu wünschen übrig lasse. Dabei hat der Abgeordnete Krüger, Merseburg, in der Reichstagssitzung vom 11. März dieses Jahres festgestellt, daß noch heute zirka 9000 Kilometer des Schienennetzes der Reichsbahn den Ansprüchen, die man billigerweise an sie stellen könnte, nicht genügen.

Die Reichsbahnverwaltung weist dann weiter darauf hin, daß noch immer eine viel zu hohe Zahl von Bahnarbeitern im Betriebe verunglücken. Die Zahl der Unfälle dürfte nach der Meinung der Hauptverwaltung im Rechnungsjahre 1926 ebenso

hoch sein, wie sie im Krisenjahre 1925 gewesen ist. Ganz entschieden muß aber die Behauptung der Hauptverwaltung zurückgewiesen werden, daß in den meisten Fällen eigene Unvorsichtigkeit der Verunglückten vorlag. Man sieht nach dieser Darstellung der Hauptverwaltung förmlich, wie die Arbeiter in die fahrenden Züge hineinlaufen, um sich die Knochen abfahren zu lassen. Nicht Unvorsichtigkeit, sondern das bei der Reichsbahn eingeführte Antreibersystem, verbunden mit überlanger Arbeitszeit sind die Ursachen der Unfälle. Wenn „Der Deutsche Eisenbahner" in einer einzigen Nummer für den kleinen Bezirk Mainz 10 schwere derartige Unfälle nachweist, dann ist klar erkenntlich, daß die Zahl der Betriebsunfälle im Reichsbahnbetriebe ganz erheblich gewachsen ist.

Nachdem die Hauptverwaltung durch die Macht der Tatsachen gezwungen worden ist, ganz offiziell zuzugeben, daß die unsachgemäße Ausführung der Gleisarbeiten die Ursache vieler Betriebsunfälle ist, muß von der Hauptverwaltung verlangt werden, daß sie die Quelle dieser Unfälle verstopft, d. h., daß sie die landfremden Unternehmer entläßt und ihr altes eingearbeitetes Stammpersonal wieder an deren Stelle setzt. Durch Verkürzung der Arbeitszeiten und menschenwürdige Behandlung des Personals muß sie die Unfallziffern des Eisenbahnbetriebes vermindern.

Schwerlasttragverbot in Rußland.

JUP. Die Gesetzgebung in Sowjetrußland sieht vor, daß Lasten bis zu 5 Pud, was 80 Kilogramm entspricht, ohne mechanische Hilfsmittel getragen werden dürfen. Nach einer Verordnung des Volkskommissariats der Arbeit vom 14. Februar 1924 müssen den Lastträgern spezielle Vorrichtungen (Karren, Rollwagen usw.) zur Verfügung gestellt werden, sobald Lasten von mehr als 5 Pud Gewicht fortbewegt werden sollen. Ebenso ist in der Verordnung vorgeschrieben, daß beim Lastentragen auf größere Entfernung Rollwagen und Karren bereitgestellt werden müssen. Die Lasten dürfen auf dem Rücken nicht weiter als 30 Faden (4,687 Faden = 10 Meter) getragen werden.

Während der Arbeitszeit der Lastträger müssen periodische Arbeitspausen eingeschaltet werden, die als Arbeitszeit in Anrechnung gelangen. Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren werden zum Tragen von schweren Lasten nicht zugelassen. Das Höchstgewicht der von Frauen zu tragenden Lasten soll 1 Pud (16 Kilogramm) nicht übersteigen. Auch in Rußland sind die physiologischen Folgen des Tragens schwerer Lasten von Aerzten studiert worden. Von 623 beobachteten Lastträgern hatten 179 (28,7 Proz.) Rückgratsverkrümmungen, 129 (20,7 Proz.) Plattfüße, 76 Arbeiter (12,2 Proz.) Leistenbrüche und 239 Arbeiter (38,4 Proz.) Arteriosklerose. Die durchschnittliche Dauer, während welcher ein Lastträger seinen Dienst verrichten kann, beträgt in Rußland neun Jahre.

Der russische Verband der Lebensmittelarbeiter ist an die Regierung herangetreten mit der Forderung, es sei das Höchstgewicht der zu tragenden Lasten von 80 Kilogramm auf 50 Kilogramm herabzusetzen.

Erneute Differenzen im Hackepeter „Zum guten Happen", Inh. Mewes, Neukölln, Hermannstr. 160. Nachdem die Sperre über diesen Betrieb kaum aufgehoben war, da der Inhaber den Tarifvertrag und die Organisation anerkannt hatte, ist Herr Mewes wortbrüchig geworden. Er hat die nichtorganisationsfähigen Kellner wieder eingestellt und die Organisierten entlassen. Die erneute Differenz sollte durch erneute Verhandlungen beizulegen versucht werden, allein Herr Mewes ist zu diesen Verhandlungen nicht erschienen. Die Differenzen sind um so schwerer zu bewerten, als der Arbeitgeber als Hinterhalt den Berliner Kellnerverein hat. Der Betrieb ist für organisierte Arbeitnehmer erneut gesperrt.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Deutscher Holzarbeiterverband. Einsetzer: Versammlung am Donnerstag, 21. April, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Rungestraße 30, Hof parterre.

Verantwortlich für Politik: **Victor Schiff;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **Friedr. Eßlorn;** Feuilleton: **R. H. Döscher;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. **Hierzu 1 Beilage.**

Ihre Handschrift bessert sich sofort, wenn Sie die von Heintze u. Blanckertz in Berlin erfundene Ly-Feder Nr. 695 benutzen. Ohne die geringste Druckanwendung entstehen von selbst beim Schreiben mit der Ly-Feder Haar- und Grundstriche.

Theater Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 8 Uhr: TOSCA
Schauspielhaus 8: Der Barbier von Sevilla
Schiller-Theater 8 Uhr: Peer Gynt

Städtische Oper
Charlottenburg 7½ Uhr:
Hoffmanns Erzählungen
Abonn.-Turnus I.

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 U. Ende 11 U.
Der Arzt am Scheideweg

Kammerspiele
Norden 10334—37
8¼. Ende nach 10
Lockvögel

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr, Ende 10¾ U.
Mannequins
Nachtvorstellung Täglich 11 Uhr:
Revue: Was Sie wollen
Preise 2, 3, 4 u. 5 M.

Theat. a. Nollendorfpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr Ende gegen 11
Drei arme kleine Mädels
Operette von Walter Kollo

Saltenburg-Bühnen
Dts. Künstler-Th.
Täglich 8 Uhr:
Skandal in Amerika
Forster, Binder, Robert

Lessing-Theater
8 U.: **Der Patriot**
Wegener, Kortner

Lustspielhaus
8¼ Uhr:
Guido Thielscher
Hurra — ein Junge

Trianon-Theater
Max Adalbert
8 Uhr in Zepl. 2301
„Müllers"
Stg. 3½ nchm. 1-6 M.
An beiden Osterfeiertagen:
Max Adalbert in „Klabinsky"

Roterwurfer-Bühnen
Th. Königgrätz. St.
Hasenheide 2110
8 Uhr:
Die Schule v. Uznach

Komödienhaus
Norden 6304
8 Uhr:
Das zweite Leben

SCALA
Nollendorf 7360
8 Uhr
Varieté-Neuheiten
Sonnabend u. an beid. Feiertagen
2 Vorstellg.
4⁰⁰ und 8 Uhr. Nachm. 4⁰⁰ zu ermäßigt. Preis. das ganze Progr.

Zentral-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der blonde Zigeuner
Operette von Martin Knopf
Albermann, Klein, Heinisch, Bard, Wittes, v. Ostau

Rose-Theater
8¼ Uhr:
Die beiden Nachtigallen

Berliner Theater
Direktion: Walter Bromme
Tägl. 8 Uhr: Der unbestreitbar große Operettenschlager
Der Hampelmann
Siegfr. Arno, Hella Kürty, Arthur Hell usw.
An beiden Osterfeiertagen je 2 Vorstellungen 3½ u. 8 Uhr, nachm. die ganze Vorstellg. zu halben Preisen
Vorverkauf ab 11 Uhr ununterbr. Dönhoff 170-2.

Walhalla-Theat.
Täglich 8¼ Uhr:
An beid. Feiertagen Nachm. 4 u. abs. 8¼
Die von der Liebe leben!
Jugendliche haben Zutritt
Vorzeig. zahlt tägl., auch an den Feiertagen, nur halbe Kassenpreise.

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin

Theater a. Kottb. Tor
Kottbuser 8l.8
Tägl. 8 U.
Stg. nachm. 3
Elite-Sänger
Im Programm zum Totlachen!
Niemand versäume es

Thalia-Theater
8 Uhr:
Der mutige Seefahrer

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr: **Traumspiel** Morgen 8 Uhr: **Traumspiel**
Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr: **Tragödie der Liebe.**

Reichshallen-Theater
Allabdl. 8 U. An beiden Feiertagen nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Das wundervolle April-Programm!
Nachmittags: halbe Preise, volles Programm
Dönhoff-Brett'l:
Baumblüte,
Varieté, Konzert u. Tanz.

An den Oster-Feiertagen ins
Theater i. Admiralspalast
Vive la femme!
Pariser Revue vom Palace-Theater, Paris
Jenny Golder / Spadaro u. Harry Pilcer u. a.
An beiden Osterfeiertagen je 2 Vorstellungen 3 u. 8¼ Uhr. Nachmitt. die ganze Vorstellg. zu halben Preisen
Karfreitag geschlossen

Wallner-Theater
8¼ Uhr Der Operettenerfolg 8¼ Uhr
Küsse in der Nacht
An beiden Ostertagen 3½ Uhr nachm.
Der Herr Senator

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Pimpelhuber der Millionen-Erbe
Gutschein: Faut. 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Komische Oper
Allabendlich 8¼ Uhr:
Sünden der Welt
Die weltstädtische
James-Klein-Revue
350 Mitwirkende
An beiden Feiertag. 3½ Uhr halbe Preise u. 1 Kind frei.

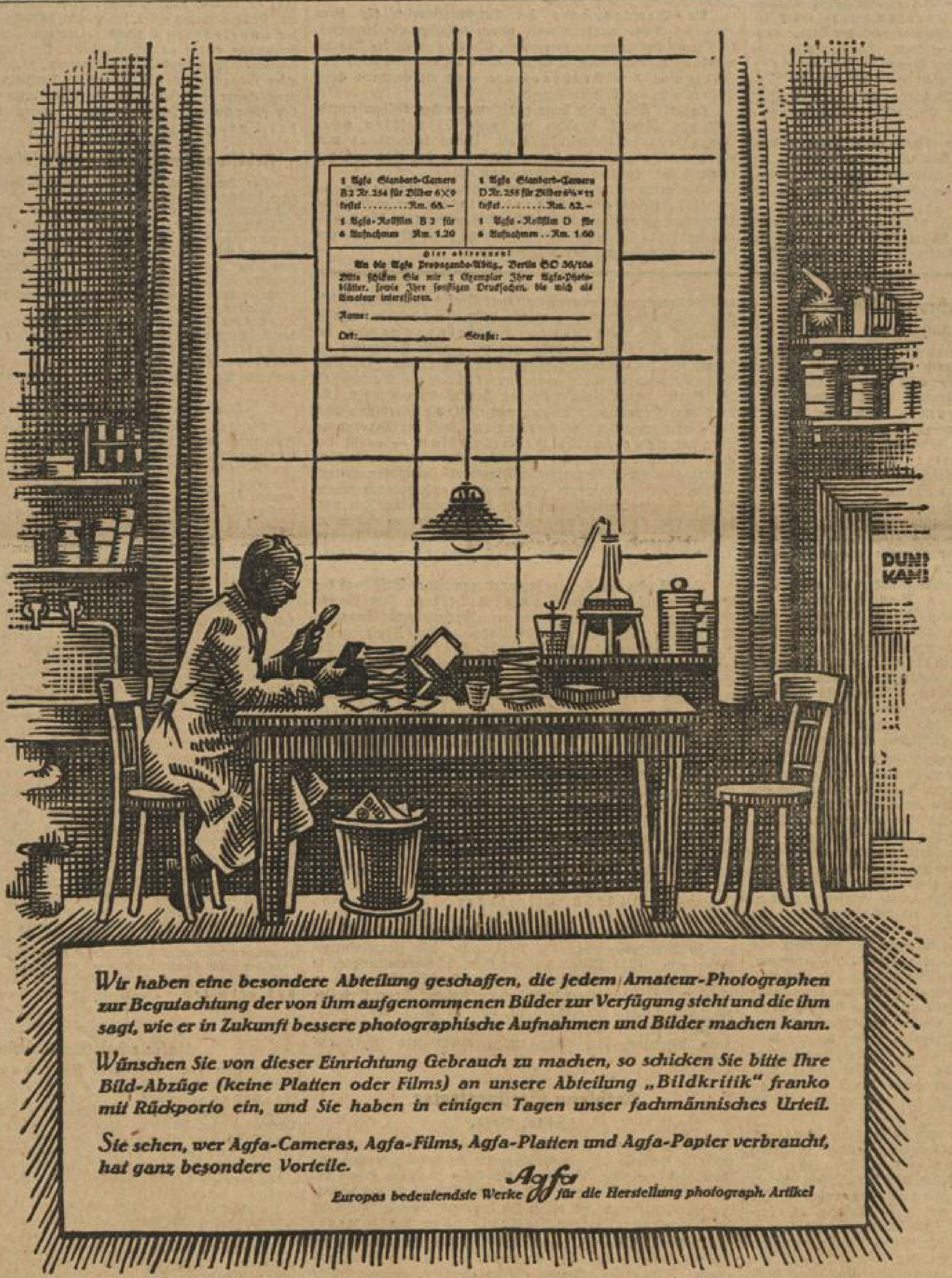
8 Uhr · 4
CIRCUS-BUSCH
Vergessen Sie nicht:
Heute 8 Uhr
Uraufführung:
Ben Hur
Lebendigste Wirklichkeit!
Vorverkauf täglich ab 10 Uhr

Winter-Garten
8 Uhr Variete
Rauchen gestattet
je 2 An den beiden Feiertagen Vorstellungen 2
Nachm. 3½: **Ermäß. Preise**

ERIK CHARELL BRINGT:
Tägl. 8 U. Sonnt. 3 U.
Wie einst im Mai
Alfred Braun, Camilla Spira,
Westermeier, Bendow, Kupfer, Denera
Großes Schauspielhaus

Rennen zu Strausberg
Sonnabend, den 16. April
nachm. 3 Uhr

Amtliche Wettannahme des Union-Klubs
Berlin NW 7, Schadowstr. 8.
Annahme von Vorwetten in der Zentrale, Schadowstraße 8, in allen Berliner Filialen und bei den größ. Rennvereinen im Reiche. Auszahlung der vollen Totalisatorquoten ohne jeden Abzug. Schriftliche Aufträge u. Anträge auf kostenlose Errichtung von Konten sind nur an die Zentrale zu richten.
Telegramm-Adresse: Wettannahme Berlin, Schadowstr. 8.



Der Kampf um das Südgelände.

Ein Vorschlag der Kleingärtner!

Die Kleingärtner des Südgeländes in Schöneberg veranstalteten am Donnerstag in der Schloßbrauerei zu Schöneberg eine Protestkundgebung gegen die geplante Bebauung des Südgeländes durch ein amerikanisches Konsortium.

Die Kleingärtner waren der Einladung so zahlreich gefolgt, daß der große Saal der Schloßbrauerei nicht alle Teilnehmer aufnehmen konnte. Trotz des sehr schlechten Wetters mußte im Garten eine Parallelversammlung abgehalten werden. Die einzelnen Kolonievereine waren zur Versammlung mit ihren Bannern erschienen. Die Banner wurden auf der Bühne aufgestellt, und nach Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden des Bezirksverbandes der Kleingartenvereine, den Genossen Bolte, sprach als erster Redner der Provinzialvorsitzende der Kleingartenvereine, Genosse Rheinhold. Er gab in seinen Ausführungen ein Bild der Kleingartenbewegung im allgemeinen und führte dann aus, daß die Bebauung des Südgeländes schon darum sehr überlegt werden müsse, weil durch diese Bebauung die einzige Lunge Schönebergs verschwinden würde. Genosse Rheinhold begrüßte den Vorschlag, den die Kolonisten dem Magistrat überreichen wollen. Nach diesem Plan sollen die Grundstücke an den bereits vorhandenen Straßen bebaut werden, das Hinterland als Dauergärtengelände erhalten bleiben. Genosse Damrowski, der zweite Redner des Abends, gab einen Ueberblick über die Entstehung der Kleingärten im Südgelände. Er führte aus, daß mit dem Verlust dieser Anlagen die gesamte Bevölkerung des Bezirks Schöneberg betroffen würde. Die Anlagen im Südgelände, vor allem die Spielplätze, sind der Gesamtbevölkerung zugänglich und werden gern als Erholungsstätte benutzt.

In der anschließenden Aussprache kamen die Vertreter der einzelnen Parteien zum Wort. Der Vertreter der Kommunisten, Groth, begrüßte den Plan der Amerikaner. Unter stürmischem Gelächter der Versammlung mußte er abtreten, als er auf einen Zuruf „es verschwänden die Grünflächen durch die Bebauung" erwiderte: „Grünflächen können durch Niederreißung alter Häuser in anderen Bezirksteilen geschaffen werden." Genosse Wendt als Vertreter unserer Partei begrüßte den Vorschlag der Kleingärtner und versprach, sich als Dezernent der Kleingartenanlagen im Bezirk Schöneberg für die Randbebauung und die Erhaltung eines Teiles der Dauergärten einzusetzen. Eine Entschließung, die die Ausführungen der beiden Referenten wiedergab, wurde einstimmig angenommen.

Die überschwemmte Laubenkolonie.

Eine unangenehme Ueberraschung erlebten am Donnerstag abend Laubenkolonisten in der Kolonie „Großstadtbauer" in der Herzbergstraße zu Lichtenberg. Gegen 10 Uhr plätscherten plötzlich erhebliche Wassermengen gegen die leichtgebauten Wohnlauben. Da man an eine Sintflut nicht recht glauben wollte, die Wassermengen aber eher noch zu- als abnahmen, wurde man schließlich unruhig und stellte fest, soweit dies in der Dunkelheit möglich war, daß sich über das Laubengelände ein einziger großer See hinzog. Die Feuerwehr wurde gerufen, die zwar keine Hilfe, aber doch des Rätsels Lösung brachte: Unmittelbar an die Kolonie grenzt nämlich ein sogenannter „Regensammler", in dem die Regenmengen, die der Boden nicht mehr aufnimmt, abfließen. Dieser Regensammler erwies sich seit langem als zu klein und sollte durch einen größeren ersetzt werden. Die Bauten dafür sind seit einiger Zeit im Gang und sollten demnächst beendet werden. Die starken Regenfälle der letzten Tage führten dem alten Sammelbecken indes so starke Wassermengen zu, daß ein Teil gestern abend plötzlich einstürzte und das Wasser sich in einem Sturzbach über das Gelände ergoß. Insgesamt ist eine Fläche von etwa 10 bis 12 Morgen völlig überflutet. Einzelne Lauben stehen bis zu etwa ¾ Meter Höhe unter Wasser. Der Sachschaden, den die Kolonisten erlitten haben, ist sehr erheblich. Durch Abzugsgräben sollen die Wassermengen abgeleitet werden.

Die Tote vom Grunewaldturm.

Wahrscheinlich doch Selbstmord!

Ueberraschend schnell ist es der Mordkommission gelungen, die Persönlichkeit der am Grunewaldturm gelandeten Toten festzustellen. Es ist eine 20 Jahre alte Hausangestellte Helene Haim, die aus Marklissa stammte und bei einer Familie in der Camminer Straße in Stellung war.

Wie man dort erfuhr, wohnte in derselben Straße eine Tante des Mädchens, die sie wiederholt besuchte. Dieser Verwandten gegenüber klagte die Haim des öfteren, daß sie sich schwerkrank fühle, wollte aber nichts Genaueres sagen. Sie ließ auch beiläufig die Bemerkung fallen, daß sie, wenn es ihr „nicht mehr passe", ins Wasser gehen werde. Die Tante, die wußte, daß die Nichte in ärztlicher Behandlung war, hoffte für sie das Beste und legte daher ihren leicht hingeworfenen Worten keine große Bedeutung bei. Am 26. März d. J. trug Helene Haim abends noch den Abfalleimer auf den Hof und leerte ihn in den Müllkasten. Von diesem kurzen Gang kehrte sie nicht zurück und ließ auch nichts mehr von sich hören. Trotzdem sie ohne Hut und Mantel nur in Hauskleid und Schürze war, muß sie noch am selben Abend in den Grunewald hinausgefahren sein und den Tod im Wasser gesucht haben. Die ganzen Umstände bei dem Verschwinden des Mädchens sind aber so eigentümlich, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß doch eine noch unbekannte andere Person ihre Hand im Spiel gehabt hat. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei werden deshalb auch nach dieser Richtung hin noch fortgesetzt. Die Obduktion wird möglicherweise die noch fehlende Klarheit schaffen. Personen, die vielleicht über den Umgang der Helene Haim Auskunft erteilen können, werden ersucht, sich bei der Mordkommission Braschwitz-Lobbes im Zimmer 83a des Polizeipräsidiums zu melden.

Der Sprung aus dem Fenster.

Gestern morgen um 5 Uhr sprang die 30 Jahre alte Gertrud Neumann aus einem Fenster im ersten Stock des Hauses Auguststr. 26b auf die Straße hinab. Sie hatte aus noch unbekannten Gründen mit Hausbewohnern Streit bekommen. Als diese sich anschickten, sie zu verprügeln, lief sie die Treppe hinauf in ihre Wohnung. Ihre Gegner folgten ihr aber und in ihrer Angst sprang sie zum Fenster hinaus. Sie wurde nach dem Hedwigskrankenhaus gebracht, konnte aber, da die Verletzungen nicht schwer waren, bald wieder nach Hause entlassen werden.

•

Mit schweren Kopf- und Gesichtsverletzungen wurde Freitag morgen um 3 Uhr der 25 Jahre alte Arbeiter Walter Thiede aus der Berliner Straße zu Neukölln aufgefunden. Passanten sahen den jungen Mann an der Ecke der Hobrecht- und Lenaustraße besinnungslos daliegen und brachten ihn nach dem Buckower Krankenhaus. Thiede gibt an, daß er mit mehreren Männern in Streit geraten und von diesen zu Boden geschlagen und mißhandelt worden sei.

Der erste Aktienbauverein.

Eine Gründung des deutschen Mietervereins.

Der Gau Berlin im Bund deutscher Mietervereine hat als Spitzenorganisation der Groß-Berliner Mietervereine eine gemeinnützige Aktiengesellschaft mit einem Kapital von einer Million Mark gegründet, deren Aufgabe es sein soll, preiswerte Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung zu errichten. Die Beschaffung der notwendigen Kapitalien ist durch die Anlehnung an ein Berliner Bankkonsortium gesichert. Diese Neugründung ist insbesondere auch deswegen bemerkenswert, da sie in Deutschland die erste Gründung ist, die den gemeinnützigen Wohnungsbau im Wege eines Aktienbauvereins lösen will.

Dachstuhlbrand in Charlottenburg.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden gestern früh gegen ½4 Uhr nach der Liezenallee 8 zu Charlottenburg gerufen, wo in dem Dachstuhl eines größeren Siedlungshauses, das von mehreren Familien bewohnt wird, Feuer ausgebrochen war. Als das Feuer von den oben wohnenden Mietern entdeckt wurde, stand bereits ein Teil des Dachstuhles in hellen Flammen. Die Feuerwehr wurde gerufen, die mit mehreren Löschzügen unter Leitung der Bauräte Lebbe und Scheele anrückte. Von drei Seiten wurde das Feuer, das sich inzwischen auf den ganzen Dachstuhl ausgebreitet hatte, angegriffen. Dem tatkräftigen Eingreifen der Wehren gelang es, die unter dem Brandherd liegenden Wohnungen zu schützen, die allerdings unter Wasserschaden stark gelitten haben. Nach ziemlich zweistündiger Löschtätigkeit war die Gefahr beseitigt, und die Aufräumungsarbeiten, die bis 8 Uhr morgens dauerten, konnten vorgenommen werden. Die Entstehungsursache ist noch ungeklärt.

Das Verfahren wegen des Wannseeunglücks.

Das Verfahren gegen die verantwortlichen Leiter der im vorigen Jahre am 16. Juni auf dem Wannsee veranstalteten Rote-Kreuz-Uebung, bei der bekanntlich der zwölfjährige Schüler Wilhelm Jähnke aus der Beerenstraße 10 zu Zehlendorf ertrank, ist, wie wir erfahren, noch immer nicht so weit gediehen, daß die Voruntersuchung abgeschlossen werden konnte, da die Ermittlungen auch jetzt noch ihren Fortgang nehmen. Die Entscheidung darüber, ob die Potsdamer Staatsanwaltschaft in diesem Fall Anklage erheben wird, dürfte erst im Laufe des Frühjahrs fallen. Wie erinnerlich, wurden seinerzeit die Namen des Turnlehrers Friedrich Zehmter aus Zehlendorf und des Sanitätsrats Dr. Pritzel als die für die Beaufsichtigung und den Verlauf der Veranstaltung Verantwortlichen genannt. Es wäre wünschenswert, wenn die Angelegenheit jetzt bald ihre gerichtliche Klärung fände.

Wilmersdorf ohne Krankenhaus.

Wozu früher kein Geld da war!

Immer wieder klingt bei den Verhandlungen in den Ausschüssen, Deputationen und der Bezirksversammlung bei unseren Vertretern des „Besitzbürgertums" mehr oder weniger verhüllt die Trauer über das durch die Eingemeindung nach Groß-Berlin „verlorene Glück" der Wahrung partikularistischer Belange hindurch. — Gelegentlich der letzten Bezirksversammlung vor der Osterpause entlud sich dieser Schmerz in beweglichen Klagen über die Absichten der „bösen" Zentrale, durch eine straffe Gliederung der Berufsschulen und Zusammenfassung der zusammengehörigen und verwandten Berufsgruppen in einheitliche, zentrale Schuleinrichtungen das Kosten und Energiezersplitternde Durch- und Nebeneinander zum Segen und endlichen Gedeihen dieses Schmerzenskindes des Groß-Berliner Schulwesens — zu beseitigen. Daß die beweglichen Klagen über die vermeintliche Zerschlagung „wohlgefügter Schulsysteme", die „Lahmlegung langjähriger, mühevoller Schularbeit" usw. — post festum vorgebracht wurden, hinderte die betrübten Lohgerber nicht, ihre Protestreden angesichts eines halben Dutzends von Innungsmeistern, die den Zuhörerraum „füllten" — zu halten. — Unsere Genossen begrüßen bei aller Anerkennung der treuen, hingebenden Arbeit, die an unserer bisherigen Wilmersdorfer Berufsschule geleistet wurde, doch die vorstehend gekennzeichnete Differenzierung und Zentralisierung, da wir davon überzeugt sind, daß sie dem Gesamtwohl des Nachwuchses der schaffenden Bevölkerung Groß-Berlins dient. — Eine eigenartige Ironie des Geschicks will es, daß die oft geschmähte Zentralverwaltung dann doch immer wieder angerufen werden muß, wenn es gilt, Unterlassungs- oder Begehungssünden vergangener Zeiten wieder gutzumachen. Der westliche Dauerwaldstreifen um das Häusermeer wird immer schmaler, Stück um Stück wurde niedergelegt, die Proteste der werktätigen Volksschichten verhallten ungehört. Die wundervollen kleinen Seen des ehemaligen Waldgeländes, der Halen-, Hubertus-, Hertha-, Diana- und Königsee sind von prächtigen Villen umschlossen worden, nur von fern schaut das schönheitshungrige Auge der sonntäglichen Spaziergänger den klaren Wasserspiegel; nicht genug damit — nun werden die Wohnstraßen der Besitzenden fast bis an den Grunewaldsee vorgetrieben. Und jetzt, da es fast nichts mehr zu retten gibt, erschöpfen sich die Rechtsparteien in Resolutionen, um bei der Zentralverwaltung die „dauernde Erhaltung aller noch vorhandenen Waldteile" zu ermöglichen! — Und, während das reiche Wilmersdorf früher kein Geld zur Errichtung eines der Großstadt entsprechenden Krankenhauses hatte — denn die primitive Behelfseinrichtung in einem ehemaligen Privathause in der Achenbachstraße ist eine stete Quelle von Verlegenheiten und Aergernissen der verschiedensten Art —, machen jene Kreise, die früher die Alleinverfügung über den gefüllten Geldbeutel hatten, sich jetzt zu Hütern der sozialen Belange und fordern von Groß-Berlin schnellstens den Bau eines großen Krankenhauses. Aber die Schichten des Proletariats, die auch im „vornehmen" Westen infolge der wirtschaftlichen Nöte zurzeit ziffernmäßig ganz anders in die Erscheinung treten als in der Vorkriegszeit, werden erkennen, was sie von diesen Sirenenklängen zu halten haben. Unsere Genossen innerhalb und außerhalb der Bezirkskörperschaften haben ein gutes Gewissen: sie haben von jeher ihre Stimme erhoben für das Recht der wirtschaftlich Schwachen, und wenn sie an Zahl zu klein waren, um mit ihren Forderungen im Dreiklassenparlament durchzudringen, so erfüllt es sie mit gerechtem Stolz, daß es nunmehr die Genossen ihrer Weltanschauung sind, die in Groß-Berlin ihre ganze Kraft einsetzen für eine wahrhaft soziale, den Bedürfnissen der gesamten schaffenden Groß-Berliner Bevölkerung gerecht werdende Kommunalpolitik.

Wer im Leben vorwärts kommen will, besuche die Fortbildungskurse für Erwachsene. Unter diesem Motto versucht das Bezirksamt Schöneberg, anschließend an die bisherigen Kurse, den Berufstätigen auch im Vierteljahr April—Juni zu helfen und veranstaltet billige Kurse in Gut Deutsch, Französisch, Englisch, Spanisch, Buchführung und Einheitskurzschrift. Sie beginnen in der Woche vom 25. bis 30. April in der Berufsschule, Schöneberg, Mühlenstr. 15. Nähere Auskunft in den Verkaufsstellen: Buchhandlungen Dobbertin, Hauptstr. 140; Gertrud Sieg-Beuck, Goltzstraße 8; „Leck" (Nikolaische Buchhandlung), Rheinstr. 65; Buchhandlung am Bayerischen Platz 13/14 und bei dem Schulhausmeister der Berufsschule, Mühlenstr. 15, sowie an den Anschlagsäulen des Bezirks.

Die Monatskarten-Hauptausgabestelle der Straßenbahn, Leipziger Platz 14, und das Fundbureau in der Urbanstr. 167 bleiben am Sonnabend, dem 16. April (Ostersonnabend), geschlossen.

Der Junkturm bleibt anläßlich der heute vormittag 10 Uhr stattfindenden Eröffnung der großen Ausstellung „Das Wochenende" ab heute nur noch für Ausstellungsbesucher zugänglich.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Nächste Theatervorstellung am Sonntag, dem 17. April, nachmittags 3 Uhr, in der Volksbühne am Bülowplatz. Aufgeführt wird: „Faust". Der Tragödie erster Teil, von Goethe. Preis der Karte einschließlich Kleiderablage und Programm 1,20 M. Karten sind im Theater zu haben.

Die neue leichte
Mischung, nur aus Tabaken der neuesten Ernte, frisch manipuliert, gibt unserer
GOLD-SABA-4 ₰
köstliches Aroma, bekömmliche Qualität und glatten weißen Brand
Achten Sie auf unser Garantieband!
GARBÁTY

Der entlarvte Juwelenräuber.

Die internationale Polizei.

Als ein gefährlicher Einbrecher und Räuber entpuppt sich immer mehr der Koch **Herbert Sandowski**, dessen Juwelenschatz noch immer besonders die amerikanische Kriminalpolizei beschäftigt. Aus New York sind jetzt bei der hiesigen Kriminalpolizei mit Fingerabdrücken und anderen Merkmalen weitere Mitteilungen über das Treiben des Schwerverbrechers eingegangen.

Sandowski ist in den verschiedensten Gegenden Amerikas nicht nur unter den Namen „John Reider", „Rider" und „Lapensii", sondern auch als „John Romau" und „John Roßman" aufgetreten. Er führte **stets Schußwaffen bei sich** und ist auch wegen Einbruchs mit Waffengewalt bereits bestraft. Sein erster in Amerika aufgedeckter Einbruch fällt in den Oktober des Jahres 1919. Damals nahm Sandowski bei einer Familie in Lawrence Stellung als Schlächter an, arbeitete aber nicht länger als 8 Tage und **verschwand dann mit Juwelen im Werte von 150 000 Dollar**. Diese wurden ihm bei seiner Festnahme zum größten Teil wieder abgenommen. Im August des Jahres 1920 versuchte er aus dem Gefängnis zu Clenton auszubrechen, wurde aber gefaßt und erhielt eine Zusatzstrafe von 1½ Jahren Zuchthaus. Als **Fassadenkletterer** betätigte er sich in der Nacht zum 30. November 1925 bei einem Mister Taylor auf dessen Besitzung in Mount Kisco, wo gerade die Hochzeit der Haustochter gefeiert worden war. Er stieg an einer Wand empor und gelangte von einer Säule aus in die Behausung. Die **Juwelen**, die er dort erbeutete, gehören zu denen, die ihm **jetzt in Berlin abgenommen** worden sind. Durch einen klaren **Fingerabdruck an der Säule** wurde die Persönlichkeit des Einbrechers festgestellt. Auch an anderen Stellen kundschaftete Sandowski derartige Gelegenheiten aus, die ihm große Beute in sichere Aussicht stellten. Der Staatsanwalt Rowland aus Witheplains im Staate New York kommt jetzt nach Berlin, um sich für weitere Aufklärung persönlich mit Kriminalkommissar Treitin in Verbindung zu setzen und zugleich das Auslieferungsverfahren einzuleiten. Er hat sich bereits eingeschifft.

Der vorlaute Kavalier.

Unliebsames Aufsehen erregte kürzlich ein „junger Herr", der mit einer „Dame" in einem Kino in der Prenzlauer Allee eine ganze Loge innehatte. Er kritisierte die Vorstellung und einzelne Bilder so laut, daß man allgemein auf ihn aufmerksam wurde. Der Unwille der übrigen Zuschauer veranlaßte endlich den Geschäftsführer, einen Schupobeamten zu holen, der den Störenfried zur Feststellung seiner Person nach der Wache mitnahm, weil er an Ort und Stelle sich nicht ausweisen wollte. Dazu hatte der junge Mann, der tadellos gekleidet war, nur daß ihm der Smoking etwas zu weit war, wie sich bald ergab, alle Veranlassung, denn er entpuppte sich als ein **geriebener Schwindler**, der seit einem Vierteljahr die **Berliner Aerzte heimsuchte**. Festgestellt wurde er als ein 17 Jahre alter **Willy Hinze** aus Berlin, der vor einem halben Jahr aus der Fürsorgeanstalt entwichen war. Er lockte unter der Vorspiegelung, daß ein Angehöriger schwer erkrankt sei, Aerzte nach irgendeiner Straße hin. Dann kehrte er bald darauf in die Wohnung des Arztes zurück und erbat sich von der Gattin des Arztes angeblich in dessen Auftrag 100 Mark zur Beschaffung einer Lampe oder sonst eines Gegenstandes, der dringend gebraucht werde. In einem Falle spiegelte er der Gattin eines Professors vor, daß dieser ihn aus einer Klinik nach Hause geschickt habe, um **seinen Smoking und ein weißes Hemd** zu holen. Der Herr Professor habe noch eine Operation vorzunehmen und könne nicht mehr nach Hause kommen, um sich für eine Abendveranstaltung umzukleiden. Diesen Smoking trug Hinze, als er im Kino festgenommen wurde. Der Schwindler verübte seine Streiche **in der Woche durchschnittlich drei- bis viermal** und erhielt in den allermeisten Fällen auch die erbetenen 100 Mark. Mit dem erbeuteten Gelde lebte er stets einen guten Tag und wohnte bald hier, bald da in einem Hotel. Seine „Dame" hatte keine Ahnung, welcher Art ihr „Kavalier" war.

Sommersprossen Jetzt ist es Zeit, Sommersprossen, Leberflecke, gelbe Flecke im Gesicht und an den Händen zu beseitigen durch Bleichen mit **Klarokrem** und **Klaroseife**. Unschädlich und seit Jahren bewährt. Mit genauer Anweisung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Internationales Arbeiter-Schachturnier.

Turnierstand am Karfreitag abend: Gruppe A.: **Genewsky**-Rußland 7½, **Fischer**-Deutschösterreich 6, **Czach**-Deutschland 5½, Dr. **Szigiti**-Deutschösterreich 4½, **Nagy**-Ungarn 4½ (und eine Hängepartie), **Subareff**-Rußland 4, **Fritsch**-Tschechoslowakei 3½, **Ragendorf**-Ungarn 3 (1), **Schaffarzik**-Deutschland 3, **Michel**-Schweiz 1 Punkt. Gruppe B.: **Ragosin**-Rußland 8½, **Pickler**-Ungarn 6½, **Leßmann**-Rußland 6, **Tessenko**-Rußland 5½ (1), **Bischoff**-Deutschland 3½ (1), **Glasaischoff**-Rußland 3½, **Grothe**-Deutschland 3, **Osten**-Deutschland 2½ (2) Punkte, **Baltin**-Lettland. **Länderwettkampf: Deutschösterreich** (10 Spiele) siegt mit 6½ über die **Dänen** mit 3½ Punkten. **Rußland** siegt mit 5½ über **Deutschland** mit 2½ Punkten, jedoch sind noch zwei Hängepartien auszutragen. **Ungarn** war spielfrei.

Furchtbarer Selbstmord einer Fünfzehnjährigen. Einen schrecklichen Selbstmord beging die erst 15 Jahre alte Hausgehilfin Anna **Gerstner in Saaz**, ein armes uneheliches Kind. Sie warf sich **vor einen Zug** und wurde von einem Manne, der ihre Absicht erkannt aber zu spät Hilfe gebracht hatte, als furchtbar verstümmelte Leiche gefunden. Beide Arme und beide Beine waren vom Rumpfe getrennt. Ehe der Arzt erschien, hatte die Unglückliche ausgelitten. Sie war zuletzt bei vollem Bewußtsein und rief laut nach ihrer Mutter. Das Motiv der Tat ist in Trübsinn zu suchen.

Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger bringt im Interesse der Notstandsaktion für die **erwerbslosen Bühnenangehörigen „Die Wölfe"** von **Romain Roland**, Revolutionsdrama in drei Akten, heraus. 50 Mitwirkende. Regie: Oberregisseur Emil Lind. Freitag, den 22. April, abends 8 Uhr, Orpheum, Hasenheide 32/38. Eintrittspreis 0,80 M.

Schweres Bergwerksunglück in Amerika. In der Nähe von Oklahoma City hat sich nach einer Meldung aus New York **ein schweres Bergwerksunglück** ereignet, bei dem **21 Personen getötet** wurden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr, Pappelallee 15, Festvortrag des Herrn A. Domben: „Auferstehung". Harmonium: „Die Himmel rühmen" (Beethoven). Gäste willkommen.

„Die physikalischen Grundlagen der Marskanäle" lautet das Thema des Vortrages, den Prof. Dr. L. **Zender**-Basel in der Treptow-Sternwarte am Mittwoch, 20. April, abends 8 Uhr, im „Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte" unter Vorführung von Lichtbildern hält. Gäste haben gegen Lösung einer Karte Zutritt.

Funkwinkel.

Nach den vier Wagner-Sonntagen, die im Zeichen des „Rings" standen, brachte nun der stille Freitag vor Ostern noch das Bühnenweihfestspiel **„Parsifal"**. Diese Häufung von Wagner-Werken gerade an solchen Tagen, die dem arbeitenden Publikum Muße für den Rundfunk geben und daher grundsätzlich gestaltet werden müßten, ist vielleicht zu bedauern. Die gesetzliche Vorschrift, am Karfreitag nur ernste Darbietungen zu geben, hätte sich auch bei einem abwechslungsreicheren Tagesprogramm erfüllen lassen. So aber blieben die Funkteilnehmer, die auf die kirchliche Morgenandacht verzichteten und die für das schwere Wagner-Werk kein Verständnis aufbringen konnten, den ganzen Tag ohne Rundfunk. Die Aufführung des Festspiels ist in technischer Hinsicht **sehr geglückt**. Chor und Orchester klangen ausgezeichnet einheitlich und behielten auch stets das richtige Klangverhältnis zu den Solostimmen. **Barbara Kemp** als Kundry bewies sich wieder als treffliche Funksängerin. Ihre kultivierte Stimme kommt vor dem Mikrophon fast noch besser als auf der Bühne zur Geltung. **Fritz Soot** war ein stimmlich recht zufriedenstellender Parsifal, auch die übrigen Mitwirkenden verdienten alles Lob. Generalmusikdirektor Professor Dr. **Max von Schillings** leitete wie an den übrigen Wagner-Abenden das Funkorchester.

tes.

Fährschiffe Deutschland—Schweden.

Zur Förderung des Ausflugverkehrs zwischen Deutschland und Schweden haben die Deutsche Reichsbahngesellschaft und die Schwedischen Staatsbahnen auf der Fährstrecke Saßnitz-Hafen—Trälleborg **dreitägige Rückfahrkarten Saßnitz—Trälleborg** zum einfachen Fahrpreis — 1./2. Klasse 18 M. und 3. Klasse 12 M. — in Saßnitz und auf den deutschen und schwedischen Fährschiffen eingeführt. Die Karten gelten für die Hinfahrt ab Saßnitz um 16.16 Uhr oder 2.05 Uhr, für die Rückfahrt ab Trälleborg am 3. Tage, letzte Fährfahrt um 22.58 Uhr. Die ermäßigten Fahrkarten werden an allen Tagen bis Ende September ausgegeben. Zu Ostern gelten die Karten vom 15. April (Karfreitag) bis zum 18. April.

Die Ursache des Zugzusammenstoßes in Brünn.

Die kommissionellen Erhebungen der Generalinspektion des Eisenbahnministeriums über das Eisenbahnunglück im Brünner Hauptbahnhof sind beendet und haben ein überraschendes Ergebnis insofern gehabt, als die Annahme, der Zugführer des Zuges von Austerlitz hätte durch seine Nachlässigkeit den Zusammenstoß verschuldet, nicht bewiesen ist. **Die Hauptschuld** an dem Unglück **trägt die Unzulänglichkeit der Anlage** des Brünner Hauptbahnhofes. Von den Inspektionsorganen wurde festgestellt, daß der Zugführer das Halt-Signal von seinem Platz auf der Lokomotive aus nicht sehen konnte.

Vom Schneesturm überrascht. In der Nähe der Station **Gjeilo** der Bergen-Bahn wurden nach einer Meldung aus Oslo fünf Touristen von einem Schneesturm überrascht. Zwei der jungen Leute konnten nur noch als Leichen geborgen werden, die übrigen wurden in gänzlich ermattetem Zustand aufgefunden.

Scheintot begraben. Wie aus **Belgrad** berichtet wird, wurde bei Aushebung eines neuen Grabes auf einem Dorffriedhof der Insel **Brazza** die Entdeckung gemacht, daß vor Jahresfrist ein **scheintoter** Bauer begraben wurde. Die Leiche wurde in zusammengekauerter Haltung aufgefunden. Nachforschungen ergaben, daß Dorfbewohner mehrere Tage lang nach dem damaligen Begräbnis **Rufe und Stöhnen** aus dem Grabe gehört, aber **aus Furcht und Aberglauben nichts unternommen** haben.

MOKKA EXPRESS-STUBEN
EUROPAHAUS
KÖNIGGRÄTZER-STRASSE 118/119
KAFFEE AUS ORIGINAL-EXPRESSO-MASCHINEN
KUCHEN ODER TORTE 25 ₰
VORZÜGL. EIS MIT SAHNE 45 ₰
EISCREME-SODAFONTAINE

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Für die Beitragszahlung ist das Bureau vom 15. April ab nur noch Freitags und Montags bis 7 Uhr abends geöffnet.
An allen übrigen Tagen, auch Sonnabends, werden die Bureauräume um 4 Uhr geschlossen.

Der Osterfeiertage wegen bleiben unsere Bureaus heute Freitag, den 15., Sonnabend, den 16. und Montag, den 18. April, **geschlossen**.

Achtung! **Außenmonteure** Achtung!
Sonnabend, den 16. April (Ostersonnabend), nachm. 5 Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Str. 11/12
Versammlung
aller außerhalb auf Montage befindlichen Kollegen der Metallindustrie.
Die **Tagesordnung** wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Erscheinen aller Monteure wird bestimmt erwartet.

Verkäufe

Trotz Teilzahlung sofort Kinderwagen, Klappwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel. Ball Große Frankfurter Straße 47.

Klappsportwagen, Kinderwagen, Metallbetten mit Polsterauflage 16.50, Ruhebetten, Kinderbetten. Riesenauswahl. Ratenzahlung. Spezialgeschäft, Schönhauser Allee 5, Schönhauser Tor.

Tafelwagen, Dezimalwagen, Gewichte preiswert. Georg Wagner, Köpenicker Straße nur 71, Hof. Kein Laden, dafür billigere Preise.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Billig, trotzdem auf Teilzahlung. Herrenbekleidung, Damenbekleidung, Wäsche, Gardinen, Tischdecken, Diwandecken usw. Kleine Anzahlung, niedrige Raten. Max Arn, Blumenstraße 47 I, 3. Haus von Andreasstraße.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Gabardine-Paletots, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen im Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Anzüge, 18.— an, neue und getragene, teils auf Seide, Taillenmäntel, Federbetten, Stand 25.— an, spottbillig. Leihhaus Reinickendorferstraße 105, Nettelbeckplatz. Keine Lombardware.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18.—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthaler Straße. Keine Lombardware.

Verleih von hochelegenten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4, Norden 6363.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Wenig getragene hochelegante Herrengarderobe, spottbilliger Verkauf. Gelegenheitskäufe in eleganter neuer Garderobe und Pelzwaren. Keine Lombardware. Leihhaus, Friedrichstraße 3, am Halleschen Tor.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105.

Bettenverkauf! Neue 9.75! 15.—! Prachtvolle 22.50! 27.50! Bettwäsche! Steppdecken! Tülldecken! Inlette! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Möbel

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues, Büfett, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft, Kein Laden.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Schlafzimmer, echt Eiche, vollständig komplett mit großem Ankleideschrank 385.—, 450.—, 500.— usw. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Speisezimmer: Büfett, Vitrinenaufsatz, volle Türen (innen Mahagoni), schwere Bildhauerarbeit, englische Züge, Kredenz, Ausziehtisch mit abgerundeten Ecken, echte Lederstühle, 395.—, 450.—, 550.—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), komplette Herrenzimmer nur 285.—, 375.—, 490.—, Ankleideschränke, furniert, dreiteilig, 79.—, 98.—, 140.—, Waschkommode mit Spiegel 69.—, 85.—, 119.—, Nachttische 14.50, 19.50, 24.—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), englische Bettstellen mit Spiralboden und Deck-Auflagen 59.—, 68.—, 85.—, Metallbettstellen, Messingverzierung, 23.—, 29.—, Ausziehtisch 29.—, 36.—, 45.—, Rohrstühle 4.95, 5.75, Plüschsofa 98.—, 120.—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Diplomat-Schreibtische, echt Eiche, 69.—, Schreibsessel, Rindleder 29.—, Standuhren 95.—, Klubsessel 85.—, Flurgarderoben, moderne Anrichte-Küchen 119.—, 158.—, 165.—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), reelle Tischlerarbeit und keine Auktionsware. Versand Groß-Berlin franko. Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 100 Mark an 5 Mark Autogeld vergütet. Riesenauswahl. Zirka 100 Zimmer und Küchen. Besuch lohnt. Hausnummer achten.

Möbelkredit fast ohne Anzahlung bei langfristiger Abzahlung: Schlafzimmer, Speisezimmer, sämtliche Einzelmöbel, Küchen, Korbmöbel, Polsterwaren, Metallbetten. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstr. 77/78, Ecke Brückenstraße.

Musikinstrumente

Einzelpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 55.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum Linienstraße neunzehn.

Fahrräder, Rennmaschinen, Halbrenner, Touren- und Beiseräder, erstklassig. Niedrige Anzahlung, kleinste Raten. Baltia-Fahrradwerke, Niederlage Dresdenerstraße Nr. 111.

Dobring
in Berlin **in München**
Kriegsgerichtsrat
Der kaiserliche Marineinquisitor hat vor dem Untersuchungsausschuß in Berlin eine ganz andere Rolle gespielt als 1925 vor dem Amtsgericht in München
als Zeuge beim Dolchstoß-Prozeß.
Seine Aussagen in München sind festgehalten in dem Buch über:
Der Dolchstoßprozeß in München
Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes
Zu beziehen bei **G. Birk & Co. m. b. H., München, Altheimereck 19** (Verlag der Münchener Post), zum Preise von Mk. 3.— (einschl. Porto).

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität **Conrad Müller** Schkeuditz-Leipzig

2 Teppiche wenig gebr., 25.— u. 37.50. Gelegenheitsposten. Ca. 40 fehlerh. Teppiche u. Brücken, bis 50 % ermäßigt. Fabrikteppich-Verk. Friedrichstraße 205, Ecke Zimmerstraße.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20 (Adalbertstraße).

Unterricht

Privatzirkel, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchhaltung, kaufmännischer Schriftverkehr, Rechtschreibung, schnellfördernder Einzelunterricht. Bücherrevisor Aulich, Gendelstraße 1, Spittelmarkt.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Gesucht
Stafflerer — Vorarbeiter auf Karosserien
von bedeutender Firma der französischen Schweiz. Aussichtsreiche Stelle für fähige Person. Festes Salär. Eventuell Eintritt nach Uebereinkunft. Off. mit Referenzen, Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften unter Chiffre u. 2978 X an Publicitas, Genf

Mitarbeiter
für Groß-Berlin
sucht ein gewerkschaftlich-genossenschaftliches Unternehmen.
Organisierte Arbeiter und Angestellte können sich durch planmäßiges Werbearbeiten
guten Nebenverdienst
verschaffen. Geeignetes Adressenmaterial steht zur Verfügung.
Nähere Auskunft erteilt das Bureau
Berlin S 42, Ritterstr. 126 I
von 9 bis 1 Uhr.